

Jahresbericht 2021



Titelfoto: © Albertus Arga Yuda / Asia Justice and Rights
Aus dem Themenheft „Demokratie in Indonesien und Timor-Leste 2021“

"Human rights in the sense of human solidarity has created a new universal and equal language going beyond racial, gender, ethnic or religious boundaries. That is why we consider it a doorway to dialogue for people of all socio-cultural groups and all ideologies."

Munir Said Thalib zum Right Livelihood Award 2000

Inhalt

Menschenrechte, Demokratie und Umwelt im Überblick.....	5
Der Verein und seine Ziele.....	14
Auf einen Blick: Aktivitäten in 2021.....	22
Wen wir erreicht haben.....	29
Was wir erreicht haben.....	31
Querschnittsthemen.....	32
Wem wir danken.....	33

Der vorliegende Jahresbericht wurde von der Geschäftsführung mit Unterstützung einiger Mitarbeiter:innen und Ehrenamtlichen von Watch Indonesia! e.V. erstellt.

Indonesien und Timor-Leste 2021

Menschenrechte, Demokratie und Umwelt im Überblick

Das politische Geschehen Indonesien und Timor-Leste war 2021 weiterhin stark von der Covid-19 Pandemie beeinflusst. Berichte von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Covid-Maßnahmen und deren Instrumentalisierung zur Umgehung demokratischer Grundrechte, die eklatante Benachteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen beim Zugang zu Hilfen wie auch ein anhaltend hohes Niveau geschlechtsspezifischer, insbesondere häuslicher, Gewalt prägen das Bild. Während in Timor-Leste die Pandemie in politischer und menschenrechtlicher Hinsicht eine geringere Rolle spielte, verursachte sie in Indonesien nicht nur immenses Leid, sondern legte eine Reihe innenpolitischer Verwerfungen unter das Brennglas. Daran hat auch das Abebben des Infektionsgeschehens nach September wenig geändert.

Timor-Lestes junge Demokratie ringt auch 2021 weiter mit regierungsinternen Machtkämpfen und instabile Institutionen stellen ein Hindernis für den Aufbau einer widerstandsfähigen und repräsentativen Demokratie dar. Hierarchische Gesellschaftsentwürfe, die das Doppelerbe der portugiesischen Kolonialherrschaft und der indonesischen Besatzung (1975-1999) im Gepäck tragen, erschweren es überdies vor allem Frauen und jungen Menschen, ihr demokratisches Potenzial zu realisieren. Während sich bisher noch jede indonesische Regierung der Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsvergehen verweigert hat, kämpfen die Opfer und Überlebenden der während der indonesischen Besatzungszeit verübten Gräueltaten weiterhin um Anerkennung und Wiedergutmachung. Insbesondere weibliche Überlebende, darunter Überlebende politischer Gewalt, sind bis heute mit vielschichtigen Formen von Diskriminierung konfrontiert.

In Indonesien setzt sich der Verfall demokratischer Regierungsführung 2021 fort. Unter Joko Widodo, dessen Regierungsfähigkeit sich u.a. auf Militärs mit soliden Verbindungen zu potenten Geldgeber:innen und eigener verzweigter Machtbasis – wie den Ex-General Prabowo Subianto mit menschenrechtlich mindestens zweifelhaftem Ruf – stützt, verstärken sich illiberale Tendenzen. Dies drückt sich in Maßnahmen aus, die demokratische Verfahren und Institutionen schwächen, Bürger:innenrechte einschränken, politische Transparenz reduzieren sowie die politischen Einflussmöglichkeiten etablierter (informeller) Bündnisse der Trias Politik, Wirtschaft und Militär stärken. Politische Amtsträger:innen mit großem Einfluss auf die politische und wirtschaftliche Ausrichtung des Landes fungieren nicht selten als Scharnier zwischen Wirtschaft und Politik oder nutzen ihre Funktion, eigene unternehmerische Interessen zu verfolgen. Insgesamt sah das Jahr 2021 eine weitere Stärkung des Militärs und die Perpetuierung von Straflosigkeit, die Aushöhlung von Menschenrechts- und Umweltstandards, die politische Schwächung von Lokalregierungen sowie eine weitere Eskalation des Papuakonflikts.

Indonesien

Das schon 2019 verkündete Diktum Wirtschaftswachstum vor Menschenrechte zu stellen, wirkt 2021 ungebrochen weiter. Bürgerliche Freiheiten, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume und auch international verbrieftete Mitsprachrechte wie sie etwa im Pakt über bürgerliche und politische Rechte festgehalten sind, erfuhren weitere Einschränkungen, Kontrollorgane und -mechanismen wurden geschwächt und die politische wie auch zivile Rolle der Streitkräfte weiter gestärkt. Kernstücke der zunehmend

autoritären Regierungsführung, die sich in so unterschiedlichen Arenen wie Umweltschutz, Verfassungsfragen und dem Management der COVID-19-Krise, legislativen Prozessen und dem Umgang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen Westpapas ausspielen, sind eine zunehmende Militarisierung und der wachsende politische Einfluss von Oligarchien und Eliten. Darin gerieten die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Rechte marginalisierter Bevölkerungsgruppen 2021 weiter unter zunehmenden Druck. Gleichsam erleben Anhänger:innen religiöser Minderheiten, Menschenrechts- und Umweltverteidiger:innen, LGBTQI sowie papuanische Unabhängigkeitsbefürworter:innen und Zivilist:innen im Konfliktgebiet schwere Verletzungen ihrer Rechte.

In der Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums spielt die missbräuchliche Anwendung von Gesetzen als politische Waffe, allen voran das Informationstransaktionsgesetz eine bedeutende Rolle. Zu den Personen, die 2021 ins Visier genommen wurden, gehören die Menschenrechtsverteidiger:innen Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti. Die umstrittenen Verleumdungsvorwürfe wurden vom Koordinationsminister für maritime Angelegenheiten und Investitionen, Luhut Binsar Pandjaitan, wegen eines YouTube-Videos erhoben, in dem die beiden Aktivist:innen angebliche Verbindungen zwischen Bergbauunternehmen und Militäroperationen in Papua diskutieren. Sie behaupteten, Luhut sei als Anteilseigner eines der in der Region tätigen Unternehmen verwickelt.

Indonesien liegt auf dem Korruptionswahrnehmungsindex 2021 von Transparency International auf Platz 96 von 180. Politische und im öffentlichen Sektor angesiedelte Korruption stellt ein ernstes Problem bei der Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit dar. Die Regierung schwächte die indonesische Korruptionsbekämpfungskommission weiter. Im Juni wurden 51 Mitarbeiter:innen, darunter mehrere leitende Mitarbeiter:innen und prominente KPK-Ermittler:innen, die großes Vertrauen in der Bevölkerung genossen, entlassen. Sie hatten den für den Verbeamtungprozess erforderlichen Staatsbürgerkundetest nicht bestanden. Der Test fragt nach u.a. nach persönlichen Ansichten – beispielsweise zu politischen und religiösen Themen (Transparency International, 2021).

Auch 2021 sorgte die indonesische Regierung nicht ausreichend dafür, dass die Unternehmen die Gesetze zum Schutz der Landrechte sowie die Umweltgesetze einhalten und ihren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten. Umweltschützer:innen und Betroffene beklagen, dass es die indonesischen Behörden v.a. Palmöl- und Bergbauunternehmen zu leicht machen, Umweltschäden zu verursachen, ohne sich um die Rechte der lokalen Gemeinschaften oder die ökologischen Folgen zu scheren. Die Grundrechte, Lebenszusammenhänge und -grundlagen Indigener Bevölkerungsgruppen standen vor diesem Hintergrund auch 2021 vielfältigen von Straflosigkeit und Rechtsunsicherheit geprägten Bedrohungen gegenüber. In Indonesien leben etwa 50 bis 70 Millionen indigene Menschen in über 2.330 indigenen Gemeinschaften. Die meisten indigenen Gemeinschaften sind aufgrund inadäquater rechtlicher Bestimmungen und deren mangelhafte Umsetzung rechtlich nicht anerkannt. Große indonesische Unternehmen holzen ohne oder mit fragwürdigen Genehmigungen weiterhin ungestraft alte Wälder ab – meist für Ölpalmpflanzungen oder zur Ausbeutung von Bodenschätzen. Obwohl die Entwaldungsrate aufgrund von Covid-19 und dem Preisverfall von Palmöl in den Jahren 2020 und 2021 drastisch zurückgegangen ist, bleiben Landkonflikte vor allem im Zusammenhang mit der Ölpalmindustrie allgegenwärtig. Einige Studien errechnen 4000 aktuelle Landkonflikte allein im Zusammenhang mit der Ölpalmwirtschaft. Eine Studie von Human Rights Watch Indonesia in 2019 fand keine Belege dafür, dass die untersuchten Unternehmen die betroffenen Haushalte angemessen konsultiert oder entschädigt hat.

Die Kriminalisierung „normabweichender“ sexueller Orientierung und Geschlechtsidentifizierung ist auch 2021 alltäglich. Die in Jakarta ansässige Organisation Arus Pelangi hat 45 Vorschriften ermittelt, die sich gegen LGBTQI+-Menschen richten. Dazu gehören das Anti-Pornografie-Gesetz aus dem Jahr 2008, das

Homosexualität als "abweichende sexuelle Praxis" einstuft sowie eine Reihe von Regionalverordnungen und die Sharia-Gesetzgebung in Aceh. Am 28. Januar 2021 peitschten die Behörden in der Provinz Aceh zwei schwule Männer jeweils 77 Mal öffentlich aus, nachdem eine Bürgerwehr im November ihre Wohnung gestürmt, sie angeblich beim Sex erwischt und der Polizei übergeben hatte.

Sofern keine Abänderung des Entwurfs erfolgt, wird das geplante neue Strafgesetz einen weiteren Baustein für die Kriminalisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt liefern. Überdies war auch 2021 zu beobachten, dass Politiker:innen und konservative religiöse Gruppen mit ihren Forderungen nach einem härteren Strafrecht gegenüber LGBTIQ+-Menschen in der Öffentlichkeit geradezu wetteifern.

Religiöse Minderheiten leiden nach wie vor unter diskriminierenden Vorschriften, darunter das Blasphemiegesetz von 1965 und die so genannte Verordnung über die religiöse Harmonie. Letztere, erschwert es Minderheiten, Gotteshäuser zu errichten. Dies umfasst auch nicht-sunnitische Minderheiten (Ahmadiyah, Schiiten) sowie nicht-muslimische Minderheiten (aus Christentum, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus sowie Anhänger:innen lokaler Religionen wie Sunda Wiwitan).

Das ohnehin epidemische Ausmaß der Gewalt gegen Frauen hat sich durch die COVID-19-Krise verschärft. Gleichzeitig genießen Überlebende von sexualisierter Gewalt und Hausangestellte nach wie vor keinen ausreichenden Rechtsschutz. Gesetze, die einen umfassenden Schutz gemäß CEDAW und den langjährigen Forderungen indonesischer zivilgesellschaftlicher Organisationen wie das Gesetz für Hausangestellte oder das Gesetz zur Beseitigung sexueller Gewalt, wurden 2021 erneut vertagt. Das geplante neue Strafgesetz wird Frauen ebenfalls übermäßig benachteiligen. Er enthält Klauseln, die den Zugang zu sexueller Gesundheitsversorgung, Aufklärung, Empfängnisverhütung und Familienplanung einschränkt.

Frauen und Mädchen stehen weiterhin unter Druck, sich diskriminierenden Kleidervorschriften zu beugen. Basis sind zahlreiche Vorschriften, die Mädchen und Frauen zwingt, den Jilbab oder Hijab zu tragen, die weibliche Kopfbedeckung, die Haare, Hals und Brust bedeckt. Im Februar 2021 änderten der Bildungsminister und zwei weitere Minister eine Verordnung, die Schülerinnen zum Tragen des Jilbabs verpflichtet. Sie verordneten, dass Schülerinnen künftig frei entscheiden können sollen, ob sie den Jilbab tragen wollen. Doch bereits im Mai 2021 hob der Oberste Gerichtshof dies auf und entschied, dass Mädchen unter 18 Jahren kein Recht auf freie Kleiderwahl haben.

Das Erbe massiver Menschenrechtsverletzungen wirkt sich bis heute auf die Politikgestaltung und das Leben zahlreicher Menschen aus, vor allem das der Überlebenden und Hinterbliebenen. Seit Jahrzehnten stellt staatlich geförderte Gewalt ein gravierendes Menschenrechtsproblem dar, das durch Rechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte, gewalttätiger extremistischer Gruppen und großer Wirtschaftsunternehmen, die um natürliche Ressourcen konkurrieren, verstärkt wird. Anhaltende Straflosigkeit kennzeichnet die Situation. Die Regierung entfernte sich auch 2021 kontinuierlich von ihren Versprechen und ihrer Pflicht menschenrechtliche Massenverbrechen aufzuarbeiten.

Pandemie

Covid-19 hatte Indonesien 2021 fest im Griff. Im Juli und August kam es zu einem dramatischen Anstieg der Fälle, der eine Gesundheitskrise zeitigte und die Regierung dazu veranlasste, weite Teile Javas, Balis und viele andere Landesteile international abzuschotten sowie Lockdowns zu verhängen. Zu Jahresende hat die Regierung eine Gesamtzahl von 143.850 Todesfällen seit Ausbruch der Pandemie bestätigt. Indonesische Gesundheitsexpert:innen gehen jedoch von einer weit höheren Dunkelziffer aus. Menschenrechtsorganisationen wie auch Einzelpersonen übten Kritik an den eingeführten COVID-19-Notfallmaßnahmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen berichten zudem über

Menschenrechtsverletzungen durch Militär, Polizei, Lehrkräfte oder öffentliche Bedienstete im Zusammenhang mit deren Durchsetzung.

Presse- und Meinungsfreiheit unter Druck

Unabhängige Medien, Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen sowie Umweltschützer:innen stehen unter stetig wachsendem Druck durch juristische, polizeiliche Verfolgung oder physische und digitale Angriffe. Physische Angriffe auf Reporter:innen durch Sicherheitskräfte sowie Cyberattacken auf Nachrichtenportale sorgen überdies für ein Klima der Einschüchterung.

Ein Klima der Befangenheit schüren auch die sog. „Cyber-Patrouillen“ der Polizei, die 2021 per Dekret ins Leben gerufen wurden. Dezidiertes Ziel der Einheit ist die Sensibilisierung für eine ‚ethische Kultur zur Schaffung eines sauberen, gesunden und produktiven indonesischen digitalen Raums‘. Sie soll die Verbreitung von Falschinformationen und „Hoaxes“ verhindern. Zu ihrem Auftrag gehört es, als kritisch definierte Inhalte aus sozialen Medien zu entfernen, aber auch Personen aufspüren, die in sozialen Medien den Präsidenten verleumdern. Die Regierung neigt allerdings dazu, jede Information, die nicht mit ihren politischen Botschaften, insbesondere in Bezug auf Covid-19, dem umstrittenen Omnibusgesetz oder Westpapua, als Falschmeldung zu klassifizieren, was zu einer Zunahme von Strafanzeigen führt. Für 2021 dokumentiert der Internetwatchdog SAFEnet 30 Strafverfahren gegen Internetnutzer:innen.

Wie stark der Umgang mit dem Papuakonflikt hinsichtlich der Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und den Schutz der Privatsphäre im Internet wirkt, zeigt ein Urteil des Verfassungsgerichts vom Oktober 2021. In Bezug auf die Internetsperrung während der anti-rassistischen Proteste in Westpapua im August 2019, entschieden die Richter:innen, dass die Regierung den Internetzugang in Zeiten sozialer Unruhen rechtmäßig sperren kann.

Laut Googles Transparenzbericht ist die indonesische Regierung im Jahr 2021 das Land mit den meisten Anträgen auf Löschung von Inhalten bei Google, nämlich 254.461. Damit liegt es sogar noch vor Russland (205.802).¹

Engagierte Zivilgesellschaft

Entgegen allen Widerständen existiert in beiden Ländern eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft. Studien belegen dies: in beiden Ländern steht die Bevölkerungsmehrheit hinter einer demokratischen Regierungsform. Ihre Möglichkeiten, an den entsprechenden Aushandlungsprozessen teilzunehmen und Regierungspolitiken zu beeinflussen, fallen indessen in Indonesien weit hinter ihre Erwartungen und die gemachten Versprechen zurück.

Dennoch weigern sich Menschenrechts- und Demokratieverteidiger:innen, Journalist:innen, Wissenschaftler:innen, indigene Interessenvertreter:innen, Feminist:innen und LGBTIQ+ u.v.a. –, autoritäre Politiken einfach hinzunehmen, seien sie auf der Regierungsebene wirkmächtig oder gesellschaftlich verankert.

Dabei scheint der Rechtsweg, sofern er den Staat oder politisch Verantwortliche in die Pflicht nimmt, am erfolgversprechendsten. So erzielte eine Bürger:innenklage gegen eine Reihe politisch Verantwortlicher nicht pflichtgemäß für saubere Luft und eine gesunde Lebensumgebung zu sorgen vor dem Zentralgericht Jakarta zumindest einen Anerkennungserfolg. Aus Anlass einer Petition von drei Einzelpersonen und drei zivilgesellschaftlichen Organisationen urteilte das Verfassungsgericht am 25. November 2021 zudem, dass das Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht verfassungsgemäß ist. Das „Omnibusgesetz zur

¹ Vgl. SafeNet (2021): Digital Rights Situation Report Indonesia 2021: In Indonesia, Digital Repression Keep [sic!] Continues. <https://safenet.or.id/in-indonesia-digital-repression-is-keep-continues/>.

Schaffung von Arbeitsplätzen“ wurde am 5. Oktober 2020 im Schnellverfahren, wenige Tage vor dem angekündigten Termin, in einer außerordentlichen Parlamentssitzung verabschiedet. Die Richter:innen verpflichteten die Regierung und das indonesische Parlament innerhalb von zwei Jahren dazu, Verfassungskonformität herzustellen.

Frauenrechtsgruppen geben sich nicht mit kleinen Zugeständnissen, wie dem 2019 nach Protesten erfolgte vorläufige Aussetzen der Abstimmung über die Strafrechtsreform zufrieden. Sie setzten sich auch 2021 weiter dafür ein, dass das Parlament zwei lang erwartete Gesetze verabschiedet: das Gesetz gegen sexualisierte Gewalt und das Gesetz zum Schutz von Hausangestellten und thematisieren die strukturellen Zusammenhänge von Gewalt gegen Frauen.

Auch hinsichtlich der zahlreichen Menschenrechtsverstöße in Westpapua schweigt die Zivilgesellschaft nicht. Indigene Papua und ihre Unterstützer:innen in und außerhalb Westpapas treten für die Souveränität der Indigenen Papua als legitime, gleichgestellte und gleichberechtigte Bürger:innen ein – oftmals zu einem hohen Preis.

Militär

Die politische und institutionelle Stärkung des Militärs setzt sich kontinuierlich fort. Nach über 20 Jahren Demokratisierung, die durch den Rückzug des Militärs aus der indonesischen Politik geprägt war, erlebt es nun nicht nur eine politische Renaissance, sondern erweitert seine Einflussosphäre zunehmend auf zivile Angelegenheiten und entkoppelt sich – auch in der Verfolgung von (wirtschaftlichen) Eigeninteressen – zusehends von einer politischen oder rechtlichen Kontrolle. Dabei bleiben auch die Bereiche Naturschutz und Ökologie nicht ausgespart, wie die Präsenz des Militärs am Citarum Harum-Projekt zeigt, das offiziell darauf ausgelegt ist, den Fluss innerhalb von sieben Jahren im Sinne von Naturschutz und Ökologie zu gestalten. Das Projekt führt beispielsweise zu Landumwidmung von Wiederaufforstungsgebieten in Plantagen.

Joko Widodo hat die gesetzliche Grundlage für diese Entwicklung geschaffen, indem er 2019 die Präsidialverordnung Nr. 37 zur funktionalen Stellung der TNI (Tentara Nasional Indonesia, Nationale Armee Indonesiens) erließ. Damit wurde es möglich, das Militär verstärkt für zivile Aufgaben einzusetzen, mit denen gleichsam die Präsenz des Militärs in Papua teilweise gerechtfertigt wird.

Am 12. August 2021 verlieh Jokowi den Bintang Jasa Utama (die höchste Dienstauszeichnung) an Eurico Guterres, den ehemaligen Anführer einer pro-indonesischen Miliz in Osttimor (heute: Timor-Leste). Während des dortigen Referendums von 1999, das zur Unabhängigkeit Timor-Lestes führte, verübte seine Miliz zahllose Gräueltaten. Er ist die einzige Person, die für diese Verbrechen verurteilt, jedoch 2008 begnadigt wurde. Er hat zudem in der Provinz Westpapua eine Miliz namens Laskar Merah Putih gegründet, die die nach Selbstbestimmung strebenden Papuas einschüchtern soll. Guterres war ein rekrutierter Untergebener des ehemaligen, zeitweise in Ungnade gefallenen Generals Prabowo Subianto – ein Schwiegersohn Suhartos und zweimal gescheiterter Präsidentschaftskandidat –, der als Drahtzieher der Gewalt in Osttimor gilt.

Westpapua

Die Behörden beschränken den Zugang von Ausländer:innen und ausländischen Medien zu den Provinzen Papua und West Papua weiterhin unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit. Angehörige der Sicherheitskräfte, die Übergriffe begehen, werden selten vor Gericht gestellt, selbst bei den schwersten Verbrechen.

Im Juli 2021 hat die indonesische Regierung das seit 2001 für Westpapua geltende „Sonderautonomiegesetz“ gegen den Widerstand weiter Teile der Zivilgesellschaft um weitere 20 Jahre einseitig verlängert. Gleichzeitig stufte die indonesische Regierung kurz zuvor die größte bewaffnete westpapuanische Widerstandsbewegung, die Nationale Befreiungsarmee von Westpapua, als „terroristische Organisation“ ein. Neben der Konflikteskalation und der Verschlechterung der Menschenrechtslage der Zivilbevölkerung weisen diese Entwicklungen darauf hin, dass die indonesische Regierung weit davon entfernt ist, einen auf Augenhöhe stattfindenden Friedensprozess einzuleiten.

Die Konfliktsituation in Westpapua hat sich auch 2021 nicht entspannt. Im Gegenteil, Protesten in Bezug auf die 2021 einseitige Verlängerung und Reform des Sonderautonomiegesetzes begegneten Sicherheitskräfte mit Gewalt und politischen Verhaftungen. Bis zum 30. September 2021 hat die International Coalition for Papua (ICP) mindestens 63 bewaffnete Zusammenstöße in West Papua dokumentiert. Der ICP zufolge stellte 2021 das gewalttätigste Jahr des bewaffneten Konflikts innerhalb der letzten fünf Jahren dar, wenn nicht sogar des vergangenen Jahrzehnts. Bis zum 15. Dezember 2021 dokumentierte die ICP 85 bewaffnete Zusammenstöße, bei denen 18 Mitglieder der Sicherheitskräfte und 23 Mitglieder der Nationalen Befreiungsarmee West Papuas (TPN PB) ums Leben kamen. Mindestens 28 Zivilist:innen wurden bei den bewaffneten Auseinandersetzungen getötet, während mehr als 60.000 indigene Papuas weiterhin als Binnengeflüchtete gelten.

Im dritten Quartal nahm die Zahl der willkürlichen Verhaftungen deutlich zu. Zu Massenverhaftungen kam es bei Operationen der Sicherheitskräfte in Reaktion auf die Angriffe der Nationalen Befreiungsarmee West Papuas (TPN PB) auf Militärposten. Der Anstieg steht auch im Zusammenhang mit der Auflösung von zivilgesellschaftlichen Protesten gegen die Verabschiedung des überarbeiteten Sonderautonomiegesetzes und die Unterstützung des Papua-Aktivisten und Menschenrechtsverteidigers Victor Yeimo. Die Massenverhaftungen wurden Berichten zufolge von der Gewalt der Sicherheitskräfte begleitet, was zu einem erheblichen Anstieg der Fälle von Folter und Misshandlung führte. Gleichzeitig ist die Zahl der außergerichtlichen Tötungen auf zwei Opfer zurückgegangen, beide im Zusammenhang mit übermäßiger Gewaltanwendung bei Strafverfolgungsmaßnahmen.

Zwischen 2019 und 2021 wurden mindestens 22 Personen als vermisst gemeldet.² Die Opfer haben sich entweder bei dem Versuch Militäroffensiven zu entkommen verirrt, oder sie wurden von Militärs verhaftet ohne aus der Haft zurückzukehren. Alle Vermissten waren indigene Papuas. Die Fälle folgen häufig zwei Mustern. Entweder verhafteten die Täter als Mitglieder der West Papua National Liberation Army (TPN PB) verdächtige indigene Papuas und ihre Leichen blieben unauffindbar. Oder Armeeangehörige eröffneten während einer Kampfsituation in abgelegenen Gebieten das Feuer auf Zivilist:innen und ließen die Leichen anschließend verschwinden, um rechtliche Konsequenzen zu vermeiden.

Am 15. Juli 2021 hat das indonesische Parlament die Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes für Papua offiziell verabschiedet. Damit ignorierte die Regierung die Stimmen der papuanischen Provinzparlamente, der papuanischen Volksversammlungen (MRP & MRPB) und tausender West-Papuaner:innen, die gegen die einseitige Überarbeitung des Gesetzes protestierten. Der Gesetzesentwurf schlug 19 Änderungen des aktuellen Autonomiegesetzes vor, die Artikel betrafen, die die Zuweisung von Autonomiefonds und die Bildung neuer Autonomieregionen regeln. Andere, wie die Einrichtung eines Menschenrechtsgerichtshofs für Papua und einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (KKR), wurden nicht berücksichtigt. Die

2 Vgl. ICP (2021): Human Rights Update West Papua – 3rd Quarter 2021; ICP (2021): <https://humanrightspapua.org/hrreport/quarterly-reports/human-rights-update-west-papua-2nd-quarter-2021-3/>

Sicherheitskräfte lösten Proteste das reformierte Gesetz in verschiedenen Teilen Indonesiens mit der Begründung sie verstießen gegen COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen sofort auf.

Ein bestehender bewaffneter Konflikt in Puncak eskalierte weiter, nachdem Mitglieder der TPN PB am 25. April 2021 den Chef des papuanischen Geheimdienstes getötet und Mitte Mai 2021 zwei Schullehrer hingerichtet hatten. Nach diesem Vorfall wies Präsident Joko Widodo die nationale Polizei und das Militär an, alle Mitglieder bewaffneter krimineller Gruppen in West Papua zu finden und zu verhaften. Ende April 2021 starteten Sicherheitskräfte eine ausgedehnte Operation in der Region Puncak, die Berichten zufolge zur Vertreibung tausender indigener Papua geführt hat. Am 29. April 2021 kündigte der indonesische koordinierende Minister für politische, rechtliche und sicherheitspolitische Angelegenheiten, Prof. Mahfud MD, an, dass die indonesische Regierung bewaffnete separatistische Gruppen in West Papua - einschließlich der mit ihnen verbundenen Organisationen und Einzelpersonen - als terroristische Organisationen einstufen werde.

De Facto halten die Behörden den Raum für friedliche Proteste, Versammlungsfreiheit, Medienfreiheit und Meinungsfreiheit in Papua 2021 weiter eingeschränkt. Journalist:innen und unabhängigen Beobachter:innen aus anderen Teilen Indonesiens oder dem Ausland, blieb der Zugang zur Region verwehrt und zeitweise Internetsperren verhindern den freien Meinungs Austausch. Es herrschte ein eingeschränktes Demonstrationsrecht und Kritiker:innen von Menschenrechtsvergehen – in- und außerhalb Papuas erfahren politische Verfolgung oder werden bedroht. Dies erreichte im Spätherbst eine neue Eskalationsstufe. Am Morgen des 7. November 2021 ereignete sich eine Explosion vor dem Haus der Eltern der im Exil lebenden Menschenrechtsanwältin und Menschenrechtsverteidigerin Veronica Koman in Jakarta. Veronica Koman setzt sich, politisch, juristisch und öffentlich für die Rechte der Papuas ein.

Timor-Leste (Osttimor)

Auch 2021 rang Timor-Leste um politische Stabilität. Nachdem die größte Partei innerhalb der Minderheitenregierung den für 2020 geplanten Haushalt ablehnte und diese damit zu Jahresbeginn zum Kollabieren brachte, erfolgte erst im Juni eine neue Regierungsbildung. Innenpolitische und intraelitäre Konflikte um die parlamentarische Vorherrschaft lähmten weiterhin die Umsetzung so wichtiger und anerkannter Vorhaben wie den Nationalen Aktionsplan gegen geschlechtsspezifische Gewalt oder das Nationale Aktionsprogramm zur Anpassung an den Klimawandel (NAPA).

Wenngleich sich die Regierung Timor-Leste der Demokratie verpflichtet, stellen die immer noch instabilen Institutionen ein Hindernis für den Aufbau einer widerstandsfähigen und repräsentativen Demokratie dar. Patronage und fehlende Rechenschaftspflicht kennzeichnen das regierungspolitische Handeln, wobei die starke Abhängigkeit der Wirtschaft von Staatsausgaben Vetterwirtschaft begünstigt. Gleichsam ist die Justiz nach wie vor nicht unabhängig und Korruption ist weit verbreitet. Dies nicht zuletzt, weil es den Antikorruptionsbehörden an ausreichender Finanzierung mangelt, um effektiv arbeiten zu können.

Zu den drängendsten Menschenrechtsproblemen gehörten politische Korruption, fehlende Ermittlungen und Verfolgung von Gewalt gegen Frauen sowie Menschenhandel und die schlimmsten Formen von Kinderarbeit.

Gewalt gegen Frauen und Kinderzwangsarbeit, deren Häufigkeit und Ausmaß eng mit Armut und Krisensituationen in Zusammenhang stehen, zählen zu den signifikantesten menschenrechtlichen Herausforderungen. Opferhilfe, Ermittlungen und Strafverfolgung scheitern nicht zuletzt auch häufig an Personalmangel und Unterfinanzierung.

Zudem wiegen die Folgen der Menschenrechtsverletzungen während der indonesischen Besetzung (1975-1999) auch 2021 weiterhin schwer. Mehr als 20 Jahren nach der Befreiung Timor-Lestes kämpfen die Opfer der während der indonesischen Besatzungszeit verübten Menschenrechtsverbrechen immer noch um Anerkennung und Wiedergutmachung. Die meisten weiblichen Überlebenden, insbesondere die Überlebenden sexualisierter politischer Gewalt, sind darüber hinaus mit einer mehrschichtigen Diskriminierung durch öffentliche Institutionen, ihren Familien, Nachbar:innen und/oder Gemeinschaften konfrontiert. Doch gerade in diesem Bereich zeigt sich ein starkes zivilgesellschaftliches Potenzial. Junge Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen, begeben sich zunehmend auf den Pfad, verkrustete autoritäre Strukturen aufzubrechen und eigene Wege in der Aufarbeitung begangener und Verhinderung künftiger Menschenrechtsvergehen zu beschreiten.

Umwelt & Klima

Die Palmöl- und Holzwirtschaft stellt eine der Haupttreiber für Entwaldung, Brandrodung, Landkonflikte und der Nichteinhaltung von Indigenen- und Menschenrechten dar. Indonesien hat zwischen 2001 und 2021 ca. 28,6 Millionen Hektar Waldfläche verloren. Etwa 36% davon entfallen auf Primärwald. Hauptbetroffen sind die Inseln Sumatra, Kalimantan und Papua. Für rund ein Drittel des Waldverlustes zwischen 2001 und 2019 war die Ausdehnung von Ölpalmplantagen verantwortlich. Bergbau sowie die Schaffung von Infrastruktur für diese Industrien, wie Straßen und Verarbeitungsanlagen tragen ebenfalls maßgeblich zur Entwaldung bei. Besonders im Zusammenhang mit der Ölpalmindustrie sind Landkonflikte allgegenwärtig. Neuste Studien gehen von 4000 laufenden Landkonflikten allein in diesem Zusammenhang aus.³ Das Jahr 2021 begann mit der Nachricht von einem Rekordrückgang der Entwaldungsrate im Jahr 2020. Während die Regierung dies auf ihre Politik zurückführt, betrachten viele indonesische Umweltorganisationen äußere Faktoren wie die Pandemie, fallende Palmölpreise und Umweltfaktoren wie stärkere und vermehrt auftretende Niederschläge als ausschlaggebend. 2021 lief zudem das Moratorium für die Erteilung von Lizenzen für neue Ölpalmenplantagen aus. Expert:innen warnen vor einer bevorstehenden Welle der Waldrodung insbesondere in Provinzen, die bisher weniger im Fokus standen. Diese 10 Provinzen - West-Kalimantan, Zentral-Kalimantan, Ost-Kalimantan, Nord-Kalimantan, Zentral-Sulawesi, Maluku, Nord-Maluku, Papua, West-Papua und Aceh - beherbergen 80 % der verbleibenden Waldfläche Indonesiens. Einige von ihnen liegen im Osten des Landes, der als letzte Grenze für expansionsfreudige Agrar- und Bergbauunternehmen gilt, die die Tieflandwälder auf Sumatra und Borneo bereits weitgehend abgeholzt haben.

Im Bereich Bergbau sind weithin Entwicklungen zu beobachten, die mit einer Reihe von negativen ökologischen und sozial-wirtschaftlichen Folgen verbunden sind. Der massive Abbau von Kohle wird ebenso vorangetrieben wie die Förderung von Gold, Silber, Bauxit, Kupfer, Nickel und anderen Mineralien. Die Kalksteinförderung und die Zementproduktion mit ihren verheerenden Auswirkungen auf Biodiversität und Trinkwasserversorgung schreitet weiter fort.

Trotz Regierungsankündigungen, keine neuen Kohlekraftwerke mehr errichten zu wollen, befinden sich – unter Berufung auf Vertragserfüllung – mehrere Kohlemeiler mit einer Gesamtkapazität von 10,7 GW im Bau – auch unter Beteiligung deutscher Unternehmen. Unterdessen verursacht insbesondere die regionale

3 Berenschot, Ward/Dhiaulhaq, Ahmad/Afrizal/Hospes, Otto, a joint publication of KITLV Leiden, Andalas University, Wageningen University, Lembaga Gemawan, Scale Up, Walhi West Sumatra, Walhi Central Kalimantan, Epistema Institute and HuMA (2021): Palm Oil Expansion and Conflict in Indonesia: an evaluation of the effectiveness of conflict resolution mechanisms, available at: https://www.forestpeoples.org/sites/default/files/documents/ENG_Ekspansi%20Konflik%20Kelapa%20Sawit%20di%20Indonesia-EN-FA.pdf.

Konzentration von Kraftwerken massive Gesundheitsprobleme der umliegenden Bevölkerungen sowie die Zerstörung von Regenwäldern und Ökosystemen in Bergbaugebieten, die oftmals die Lebensgrundlage Indigener Bevölkerungen darstellen.

Die indonesische Regierung zeigt sich nicht zuletzt wegen dessen prognostizierten Wachstumspotenzials an einer (urbanen) Mobilitätswende interessiert. Die zunehmende Fokussierung auf Elektromobilität im Rahmen der darin anvisierten Abkehr von fossilen Treibstoffen indessen, droht bestehende sozio-ökonomischen und sozio-ökologische Problemstellungen in rohstoffreichen Regionen auf andere Rohstoffe, insbesondere Nickel, zu verlagern. Im und im Umfeld des in Zentral-Sulawesi gelegenen Indonesia Morowali Industrial Park beispielsweise verursachen Tagebau und Batterieproduktion verheerende Umweltschäden, Überflutungen und Zerstörung von Ökosystemen, die lokale Bevölkerungen Gesundheitsrisiken aussetzen und Kleinbäuer:innen wie auch Fischer:innen die Lebensgrundlage entziehen. Die involvierten Unternehmen übernehmen selten Verantwortung. Hinzukommt, dass bei der Produktion von Batterien, enorme Mengen an Energie benötigt werden, die überwiegend aus Kohle stammen.

Extreme Wetterereignisse brachen sich mit unterschiedlichen Zerstörungsgraden in ländlichen aber auch in urbanen Gebieten wie Jakarta und Bandung 2021 erneut Bahn. Im April verursachte der Zyklon Seroja massive Überschwemmungen in den Provinzen Nusa Tenggara Barat und Nusa Tenggara Timur. Offiziellen Angaben zufolge fanden 128 Menschen den Tod und tausende von Menschen verloren ihr Hab und Gut.

Laut Schätzungen von UN DESA aus dem Jahr 2018 wird sich die städtische Bevölkerung Indonesiens bis 2050 von 147 Mio. auf 234 Millionen Menschen erhöhen⁴. Alleine Jakarta wird bis 2030 um 20 Prozent wachsen. Den größten Anteil am urbanen Wachstum erfahren jedoch kleine und mittlere Städte. Gleichzeitig gehört Indonesien zu den Ländern, die schon jetzt besonders stark von den Auswirkungen der Klimakrise, wie etwa Extremwetterereignissen und Steigen des Meeresspiegels geprägt sind.

In Städten und urbanen Ballungsgebieten verursachten Überschwemmungen 2021 erneut massive soziale und wirtschaftliche Schäden. Im Februar mussten in Jakarta 1300 Menschen aufgrund der von Starkregen ausgelösten Fluten evakuiert werden. Durch den Klimawandel verursachte Wetterextreme sind jedoch nicht die alleinige Ursache. Im Falle Jakartas lassen übermäßige und unkontrollierte Grundwasserentnahmen im Zuge baulicher Verdichtung in Teilen der Stadt den Boden absinken und Oberflächenversiegelung erschwert den Abfluss des Wassers bei Starkregen. Die Provinzregierung möchte dem Überflutungsproblem vom Meer aus mit dem gigantischen Deichprojekt »Giant Sea Wall« Einhalt gebieten. Der Abfluss von Starkregenwasser ist dabei allerdings nicht berücksichtigt. Die mögliche Folge: Regenwasser, das sich mit Abwässern vermischt, würde sich hinter dem Damm stauen und damit die bestehenden Probleme noch vergrößern.

Im Juli 2021 gab das Amtsgericht Zentral-Jakarta Gericht einer Bürgerklage statt, die ein Zusammenschluss von 32 Bürger:innen Jakartas gegen den indonesischen Präsidenten Joko Widodo, drei Kabinettsminister, den Gouverneur von Jakarta und zwei Provinzvorstände eingereicht hatten. Das Gericht beschied, dass sich die Angeklagten der „Begehung einer „rechtswidrigen Handlung“ und der Unterlassung der Bekämpfung der Luftverschmutzung in der Landeshauptstadt schuldig gemacht haben. Wenige Wochen danach, bekräftigte Joko Widodo den bereits 2019 verkündeten Plan, die Hauptstadt nach Kalimantan zu verlegen. Menschenrechts- und Sozialverbände befürchten, dass infolge des geplanten Hauptstadtumzugs dringend erforderliche Infrastruktur- und Klimaanpassungsmaßnahmen dadurch ganz aus dem Blick geraten und die

4 World Urban Prospects 2018, <https://population.un.org/wup/Country-Profiles/>.

Bevölkerung Jakartas im Stich gelassen wird. Seit Jahrzehnten wartet sie auf ein funktionierendes öffentliches Nahverkehrssystem, Fahrrad- und Gehwege sowie einen Hochwasserschutz, der seinen Namen verdient.

Der Verein und seine Ziele

Watch Indonesia! e.V. hat sich 1991 als ehrenamtlicher Zusammenschluss engagierter Menschen zur Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen in Indonesien und dem damals annektierten Osttimor gegründet. Seit 1994 besteht Watch Indonesia! als eingetragener Verein mit Sitz in Berlin. Watch Indonesia! e.V. ist eine säkulare Mitgliederorganisation. Überparteilichkeit und Unabhängigkeit bestimmen unser Selbstverständnis und unsere Arbeitsweise.

Watch Indonesia! e.V.

setzt sich für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Timor-Leste ein.

Unsere Arbeit ist getragen von der Verbundenheit mit den Menschen in Indonesien und Osttimor und von der Verpflichtung für ihre Anliegen eine Brücke zu Politik und Gesellschaft in Deutschland zu bilden.

Mit unserer Arbeit möchten wir dazu beitragen, dass in Indonesien und Osttimor die Rechte und Freiheiten geachtet und gewahrt sind, ein umfassender Demokratisierungsprozess stattfindet, die Umwelt geschützt wird und Konflikte mit friedlichen Mitteln gelöst werden.

Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur:innen dabei, für ihre Anliegen einzutreten. Mit Bildungs-, Informations-, Advocacy- und Lobbyarbeit, wirken wir darauf hin, dass sich die Zivilgesellschaft und politische Akteur:innen in Deutschland für Menschenrechte, Demokratie und den Schutz der Umwelt in beiden Ländern engagieren. Wir ermöglichen Vernetzung und Kooperation zwischen relevanten Akteur:innen in Deutschland und Indonesien und Timor-Leste.

Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt

Wir möchten

- die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Indonesien und Osttimor kritisch in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken,
- die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik für die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere die Aufarbeitung der Vergangenheit und dem Kampf gegen die Straflosigkeit sowie für die friedliche Konfliktbearbeitung zu sensibilisieren und sie zu politischer Initiative anzuhalten,
- Politik und Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, welche Auswirkungen der Konsum von Palmöl, Mineralien, Holz und Papier auf Mensch und Umwelt in Indonesien und Osttimor hat,
- die deutsche und europäische Klima- und Energiepolitik zu bewegen, soziale und menschenrechtliche Kriterien und die ökologische Relevanz von Tropenwäldern zu berücksichtigen.

Damit

- in Indonesien und Timor-Leste juristische und gesellschaftliche Fortschritte bei der Beendigung der Straflosigkeit und der Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit erzielt werden,
- beide Staaten Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der politischen und der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ergreifen,
- marginalisierte Bevölkerungsgruppen, gleich welcher religiösen, ethnischen, weltanschaulichen oder sexuellen Orientierung, dieselben Rechte als Bürger:innen ihres Landes genießen, wie alle anderen,
- langfristig in Indonesien eine Nationale Wahrheitskommission eingerichtet wird und Menschenrechtsgerichtshöfe Verbrechen juristisch aufarbeiten,
- das Parlament in Timor-Lest sich mit dem Abschlussbericht der Wahrheitskommission (CAVR) beschäftigt und Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen ergreift, so dass Opfer Anerkennung finden und Reparationen erhalten,
- der anhaltende Konflikt in Papua dialogisch gelöst wird,
- soziale und menschenrechtliche Kriterien sowie die ökologische Relevanz von Tropenwäldern in die deutsche, europäische und indonesische Energie- und Klimapolitik einfließen,
- Konsument:innen, Investor:innen und Unternehmen die Folgen der Expansion von Monokulturen berücksichtigen,
- indigene und traditionelle Landrechte in Indonesien respektiert und Menschenrechtsverletzungen geahndet werden.

Aktivitäten

- Auswerten der deutschsprachigen, indonesischen und internationalen Presse und Versand von aktuellen Informationen über (z.T. zielgruppenspezifische) e-Mail Newsletter;
- Regelmäßiges Informieren der Zielgruppen über die aktuelle Situation in Indonesien und Osttimor sowie das Hinweisen auf Missstände und das Vermitteln von Forderungen der Partnerorganisationen nach aktiver Unterstützung im Menschenrechts- und Umweltschutz;
- Formulieren und Vertreten politischer Forderungen gegenüber Regierungen und Öffentlichkeit; Einfluss nehmen auf die deutsche Politik gegenüber Indonesien und Osttimor durch Lobbygespräche, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit;
- Verfassen von Analysen zu aktuellen Entwicklungen in den genannten Themenfeldern;
- Erstellen von Menschenrechtsberichten, Arbeitsmaterialien, Medienbeiträgen und Publikationen zu den eigenen Regional- und Themenschwerpunkten;
- Bearbeitung von Anfragen durch Presse, NROs, Politik (ggf. auch briefings) und Privatpersonen; darüber hinaus Zusammenstellung von Hintergrundmaterialien für Medien und Politik sowie Vermittlung von Kontakten nach Indonesien und Timor-Leste;
- Durchführung von Projekten, Seminaren und Veranstaltungen zu Themen indonesischer und osttimoresischer Politik und Gesellschaft; mit Gästen aus Indonesien und Osttimor; diese werden darüber hinaus mit Politiker:innen, relevanten Organisationen, Medienvertreter:innen und einer interessierten Öffentlichkeit in Kontakt gebracht;
- Aktive Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen als Referent:innen oder Gesprächspartner:innen;

- Fachlicher Austausch mit NROs aus Indonesien und Osttimor durch Mitarbeit in deutschen, indonesischen und osttimoresischen sowie internationalen Netzwerken; Beteiligung an gemeinsamen Kampagnen. Initiierung und Koordination gemeinsamer öffentlicher Aktionen und Petitionen.

Zielgruppen

Entwicklungspolitische Fachöffentlichkeit sowie Multiplikatoren und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Osttimor interessieren: Presse, politische Stiftungen, entwicklungspolitische und Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Hilfswerke, Gemeinden, Universitäten, Schulen und freie Bildungseinrichtungen sowie politische Entscheidungsträger:innen im deutschsprachigen Raum. Darüber hinaus wenden wir uns an vergleichbare Zielgruppen im europäischen und internationalen Raum sowie nicht zuletzt an entsprechende Akteur:innen in Indonesien und Osttimor selbst.

Insgesamt haben wir mit unseren Aktivitäten in 2021 sowohl die entwicklungspolitische Fachöffentlichkeit sowie Multiplikatoren und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Osttimor interessieren erreicht. Es wurden rund 100 Anfragen von unterschiedlichen Akteur:innen bearbeitet. Darunter Presse, politische Stiftungen, entwicklungspolitische und Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Hilfswerke, Gemeinden, Universitäten, Schulen und freie Bildungseinrichtungen sowie politische Entscheidungsträger im deutschsprachigen Raum und Einzelpersonen. Mit unseren Projekten, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Veranstaltungsbeiträgen erreichten wir zivilgesellschaftliche Akteur:innen der Handlungsfelder Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit, die Fachöffentlichkeit sowie politische Entscheidungsträger:innen und die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland, Indonesien und im europäischen Ausland.

Mit unseren Partnerorganisationen, Netzwerkpartner:innen sowie menschenrechts- und umweltpolitischen Akteur:innen aus Indonesien standen wir kontinuierlich in engem Austausch

Personal- und Vereinsentwicklung

Vereinsmitglieder

Watch Indonesia! verfügte 2021 über eine Mitgliederzahl von 58 Personen unterschiedlichen Geschlechts, Alters und sozialer oder geografischer Herkunft. Neben den Vorstandsmitgliedern, beteiligen sich im Jahresdurchschnitt etwa zwei Mitglieder mit ehrenamtlichem Engagement aktiv am Vereinsleben.

Personal

Die Personalsituation war im Berichtsjahr von Veränderungen gekennzeichnet. Die Umweltreferentin verließ den Verein auf eigenen Wunsch zum 31. August 2021. Mit Wirkung zum 1.9.2021 stellte der Verein einen Nachfolger ein. Er übernahm die Leitung für das seit 15. März 2021 laufende Projekt „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“ mit übergreifenden Aufgaben im Bereich (internationale) Netzwerkarbeit zu Klimaschutz und nachhaltiger Ressourcennutzung, mit zunächst 18 (achtzehn) Wochenstunden. Zum 1. November erfolgte die Aufstockung der Stelle auf 19,5 Wochenstunden. Am 1. Juni 2021 stellte der Verein zudem eine Projektassistentin für o.a. Projekt mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 8 (acht) Stunden ein.

Die Personalbesetzung im Überblick:

- Geschäftsführung und Referent:in für Demokratie & Menschenrechte (70% in Anlehnung an TVöD 13)

Arbeitsschwerpunkte: Demokratisierung, Menschenrechte, Religion, Rechtsstaatlichkeit, Vergangenheitsaufarbeitung, Außen- und Entwicklungspolitik, Timor-Leste sowie Geschäftsführungs- und Verwaltungsteilaufgaben.

- Referent:in für Umwelt & Kampagnenbetreuung (50% in Anlehnung an TVöD 13) bis 31.08.2021
- Referent:in für Umwelt & Kampagnenbetreuung (45,8%; ab 1.11.2021 48.75% in Anlehnung an Tarif TVöD 12 / Stufe I)

Arbeitsschwerpunkte: Umwelt, Klima, Landrechte, Verwaltungsaufgaben.

Zusätzliche Mitarbeiter:innen:

- Für das Projekt „Urbane Transformation“ stellte der Verein zum 1. Juni 2021 eine Projektassistenz auf Minijobbasis ein (8 Std./Woche). Die Stelle ist projektfinanziert und endet mit Ablauf des 30. September 2022.

Ehrenamt

Durch ehrenamtliche Arbeit haben die Vorstandsmitglieder Pipit Kartawidjaja, Schwerpunkte Verwaltungsreform, Parteien- und Wahlgesetzgebung, Leona Pröpper, Schwerpunkte Frauenrechte und Religionsfreiheit sowie Basilisa Dengen mit den Schwerpunkten Transitional Justice und Straflosigkeit wesentlich zur inhaltlichen Arbeit beigetragen.

Seit 15. Juli 2021 unterstützt ein:e Freiwillige:r die Buchhaltung. Zur pauschalen Abgeltung der Tätigkeit erhält der Ehrenamtliche vom Verein eine Aufwandsentschädigung von 660,00 Euro pro Jahr, bzw. 55,00 Euro pro Monat.

Etliche weitere Personen haben sich über das Jahr hinweg ehrenamtlich für den Verein eingesetzt. Sie leisteten u.a. Hilfestellung bei praktischen und organisatorischen Aufgaben, unterstützten die Erstellung des regelmäßig erscheinenden Newsletters oder bereicherten die Vereinsarbeit mit kreativen Ideen oder Beiträgen und wertvollen Fachinformationen. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank!

Vorstand

Aufgrund der bestehenden Maßnahmen zur Einschränkung der Covid-19-Pandemie fand am 21.11.2021 eine hybrid durchgeführte Mitgliederversammlung statt, zu der, entsprechend der Satzung, fristgemäß und umfassend eingeladen wurde. Aufgrund der besonderen Situation durch Corona nahm der Verein 2020 die Corona-Sonderregelung (Sonderregelung des Bundes § 5 Absatz 1) in Anspruch. Am 12.12.2020 erfolgte für das Jahr 2019 daher eine informelle Mitgliederversammlung, die digital durchgeführt wurde. Der zu dem Zeitpunkt bestehende Vorstand blieb weiter im Amt. Die Sitzung am 21.11.2021 erfolgte im Einklang mit der in o.a. Sonderregelung (§5 Abs.2) in hybridem Format (digital & in Präsenz) und umfasste die Berichtsjahre 2019 und 2020.

Der Vorstand von Watch Indonesia! e.V. bestand daher seit 08. Dezember 2019 auch im Jahr 2021 aus:

Asep Ruhyat, Basilisa Dengen, Frank Momberg, Leona Pröpper, Nedim Sulejmanović, Pipit Kartawidjaja.

Auf der Hauptversammlung am 21.11.2021 traten Frank Momberg sowie Leona Pröpper aus persönlichen Gründen zurück. Gewählt und im Vereinsregister aktualisierte Vorstandsmitglieder sind: Asep Ruhyat, Basilisa Dengen, I Ketut Santrawan, Nedim Sulejmanović, Nils Utermöhlen, Pipit Kartawidjaja.

Finanzen

Watch Indonesia! e.V. ist als gemeinnützig anerkannt und finanziert sich laut Satzung aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die Aufwendungen für sozialversicherungspflichtig angestellte Mitarbeiter:innen, Büromiete sowie andere laufende Kosten wurden auch 2021 mit zusätzlichen Zuwendungen durch Dritte abgedeckt. Größter Geldgeber des Vereins ist *Misereor*, gefolgt von *Missio* und der *Evangelischen Kirche im Rheinland*. Auch Spenden und Mittel aus Kleinprojekten trugen anteilig zu deren Finanzierung bei. Wichtige Partner:innen der Projektfinanzierung waren *Brot für die Welt Inlandsförderung*, *Engagement Global* und *Stiftung Umverteilen* sowie die Bewegungsstiftung und die *Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)*.

Der Verein erhielt 2021 Beitragszahlungen von 42 Mitgliedern. Von 16 Mitgliedern stehen die Beiträge am Jahresende 2021 aus. Grund hierfür ist Säumnis.

Die im Berichtsjahr durchgeführte Gemeinnützigkeitsprüfung durch das Finanzamt für Körperschaften für die Jahre 2018 – 2020 erfolgte ohne Beanstandung. Der Status der Gemeinnützigkeit wurde bestätigt und ein Freistellungsbescheid erstellt.

Durch Aufrechterhaltung des Sparkurses im Personalbereich und Kleinprojektförderung konnte der Haushalt auch im Berichtsjahr 2021 weiter konsolidiert werden. Die Vereinsfinanzen sind konsolidiert und aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Erstattungen konnte eine Rücklage in Höhe von € **9.778,42** gebildet werden.

Das Finanzjahr 2021 begann mit einem Kontostand von €24.395,09. Dieser beinhaltet den Eingang der ersten Rate der Jahresförderung von Misereor für 2021 im Dezember 2020 in Höhe von €25.000. Hinzu kam € 89.338,66 aus institutioneller Förderung und Kleinprojektförderung sowie Erstattungen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Das finanzielle Gesamtvolumen für das Jahr 2021 betrug damit €113.733,75. Die Ausgaben beliefen sich auf €103.955,33. Das Jahresergebnis weist somit einen Überschuss von €9.778,42 auf.

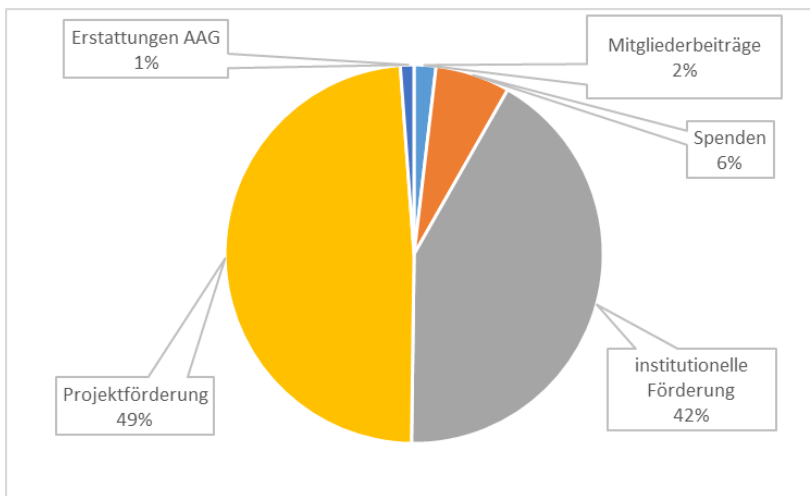
Die Mitgliedsbeiträge und allgemeine Spenden machen mit 7362 Euro im Vergleich zur Summe der Fördermittel einen kleinen, dennoch wichtigen Teil der Einnahmen aus, weil wir viele der Zuschüsse im Bereich Kleinprojekte nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten.

Einnahmen

Mitgliedsbeiträge	1.660,00
Spenden	5.702,72
Zuwendungen	80.921,84
davon institutionelle Förderung:	37.500,00
davon Projektförderung:	43.421,84
Erstattungen AAG	1.044,21
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9,89

Summe der Einnahmen

89.338,66

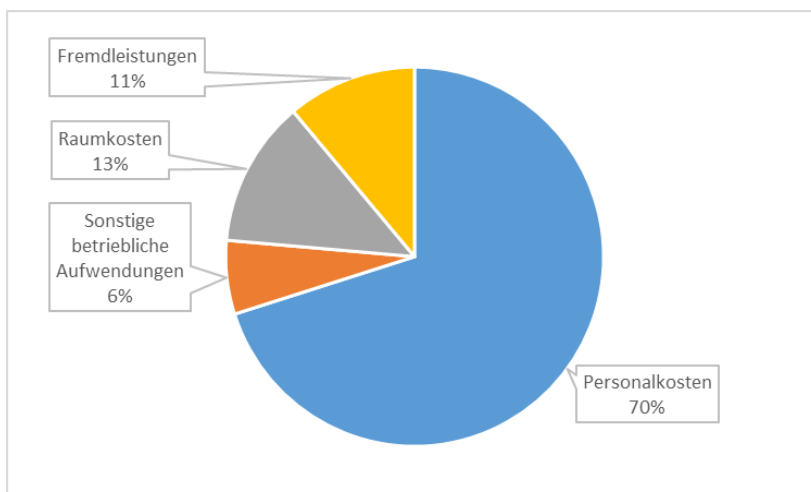


Ausgaben

Personalaufwand	72.881,31
Fremdleistungen	11.545,68
Raumkosten	12.999,58
sonstige Betriebliche Aufwendungen	6.528,76

Summe der Ausgaben

103.955,33



Eine detaillierte Gesamtaufstellung der Einnahmen und Ausgaben liefert der von der Unternehmensberatung und Buchhaltungsfirma van Wieringen + Boehm GmbH erstellten Jahresabschluss und Kassenbericht.

Vernetzung

Watch Indonesia! ist aktives Mitglied in einer Reihe formeller und informeller Netzwerke. Dazu gehört das West-Papua Netzwerk (WPN) mit dem sich die Zusammenarbeit und der Austausch 2021 erweiterte. Neben regelmäßigem informellen Austausch über die aktuelle Lage in Westpapua und die regierungspolitischen Rahmenbedingungen standen im Berichtsjahr eine gemeinsame Veranstaltung über Frauenrechte und Gewalt

gegen Frauen in Indonesien mit besonderem Fokus auf Westpapua sowie die strategische Planung künftiger gemeinsamer Aktivitäten im Vordergrund.

Watch Indonesia! ist ferner aktives Mitglied der Internationalen Advocacy Netzwerke (IAN). Das Bündnis Internationale Advocacy Netzwerke (IAN) engagiert sich mit Lobby- und Informationsarbeit für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Im Jahr 2021 befasste sich das Bündnis schwerpunktmäßig mit der Verschärfung der Gewalt gegen Frauen in der Corona-Pandemie. Anlässlich des Internationalen Frauentags fand ein Online-Fachgespräch mit Abgeordneten des deutschen Bundestags statt, das von einem Briefing begleitet wurde.

Die Zusammenarbeit mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. (BER) / Eine Welt Stadt Berlin, in dem Watch Indonesia! Mitglied ist, intensivierte sich 2021. Im Vorfeld der Berliner Wahlen war eine der politischen Forderungen des BER der Ausbau der Städtepartnerschaften mit Jakarta und Windhoek zu prioritären Partnerschaften, die unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und Positionen aus dem globalen Süden, globale (Entwicklung-)Gerechtigkeit und Menschenrechte in den Fokus rücken. Insbesondere im Vorfeld der Berliner Wahlen beteiligte sich Watch Indonesia! hierzu an gemeinsamer Lobby- und Pressearbeit. Auch in Hinblick auf das von Watch Indonesia! 2021 begonnene zweijährige Projekt „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“, entstanden wertvolle Synergien, die in gemeinsame Veranstaltungen und Fachgesprächen mündeten. Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) koordiniert auch das von der Stiftung Nord-Süd-Brücken verwaltete Berliner Eine-Welt-Promotor*innenprogramm. Auf der Basis des schon 2020 begonnenen Austauschs über die Stärkung von Städtepartnerschaften mit dem globalen Süden, hatten wir uns schließlich als Trägerverein mit einem Konzept beworben, das sich der Schnittstelle Menschenrechte und Klimawandel mit besonderem Blick auf Städte und Stadtbevölkerungen unter der Maßgabe der zivilgesellschaftlich verankerten globalen Gerechtigkeit widmet. Fokus ist dabei die entwicklungspolitische Inlandsarbeit. Ende des Jahres erhielten wir die Nachricht über die Aufnahme in das Programm und können zum 1.1.2022 eine:n Eine-Welt-Promotor:in einstellen.

Der Umzug in das Berlin Global Village (BGV) im April 2021 setzte den Beginn für weitere Kooperationen mit einer Vielfalt im BGV ansässiger und im BER organisierter Akteur:innen. Wichtige Themen darin sind, wie Nachhaltigkeit, Klimaschutz und globale Gerechtigkeit, aber auch die Auseinandersetzung mit Erinnerungskulturen und Kolonialismus auf der Berliner Landesebene nach vorne gebracht werden können. Über die themenbezogene Vernetzung gelingt es uns, die menschenrechtlichen und umweltbezogenen Schiefen in Indonesien und Timor-Leste – auch in ihrem Verhältnis zur deutschen und europäischen Außen- und Handelspolitik – sichtbarer zu machen und mehr Akteur:innen einzubinden.

Gemeinsam mit Orang Utans in Not e.V. gehört Watch Indonesia! zu den Trägerorganisationen des Aktionsbündnisses »Regenwald statt Palmöl«, dessen Aktivitäten unter <http://www.regenwald-statt-palmoel.de/de> verfolgt werden können. Das 2017 von Watch Indonesia! initiierte Bündnis verschiedener Umwelt- und Entwicklungsorganisationen mit Schwerpunkt »Agrotreibstoffe« arbeitet in lockerer Zusammensetzung weiter zusammen.

Bereits 2016 wurde das transnationale Solidaritätsnetzwerk Save Kendeng durch Watch Indonesia! mitbegründet. Seitdem unterstützen wir in Deutschland die Menschen am Fuße des Kendeng-Karstgebirges bei ihrem Kampf gegen die Zementindustrie. Das indonesische Tochterunternehmen PT Indocement der deutschen HeidelbergCement AG hält am Bau einer Zementfabrik und dem Rohstoffabbau im Karstgebirge des Landkreises Pati fest. Das Kendeng-Gebirge ist ein Karst mit Höhlen und unterirdischen Wasserläufen. Es versorgt Tausende von Menschen, Tieren und Pflanzen mit Wasser, Nahrung und sauberer Luft. Seine Wälder haben in dem besiedelten Gebiet hohe Bedeutung für Ökologie und Klima. Unsere Aufgabe im Save

Kendeng Netzwerk ist es, Druck hier vor Ort auf den deutschen Mutterkonzern zu machen und HeidelbergCement an seine Pflichten und Verantwortungen für das indonesische Tochterunternehmen zu erinnern.

Damit in Verbindung stehend hat Watch Indonesia 2020 das cemEnd-Bündnis mitbegründet. Mitglieder des Bündnisses sind neben Extinction Rebellion und den Architects for Future auch Greenpeace Heidelberg-Mannheim, das Klimakollektiv Heidelberg, Wurzeln im Beton und Fridays for Future Heidelberg. Das Bündnis wendet sich mit seinen Forderungen an HeidelbergCement und fordert sofortigen Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten. Im Rahmen von cemEnd und in Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Kritischen Aktionäre klärten wir mit gemeinsamen Aktionen und gemeinsamer Pressearbeit über Zement im Allgemeinen und HeidelbergCement als einen der größten Klimakiller auf, und sorgten für eine kritische Begleitung der Hauptversammlung der HeidelbergCement AG am 6. Mai 2021. Mit dem Solidaritätsnetzwerk Save Kendeng veröffentlichten wir auch die online-Ausstellung [Klimakiller Zement](#).

Ein wichtiges Bindeglied zu Netzwerken in Indonesien ist unser langjähriges Vorstandsmitglied Pipit Kartawidjaja. Er schöpft aus seiner Erfahrung als langjähriger Verwaltungsangestellter des Landes Brandenburg und seinen Kontakten zu politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in Indonesien, darunter zahlreiche Entscheidungsträger:innen. Kaum jemand wird in Indonesien gleichermaßen als Vertreter aus dem Nicht-Regierungslager wie gleichermaßen als Fachexperte für Wahlgesetzgebung und Verwaltungsreform anerkannt wie er. Neben seiner Funktion als Vorstandsmitglied von Watch Indonesia! war Pipit Kartawidjaja maßgeblich an der Gründung der indonesischen NGO namens Sindikasi Pemilu dan Demokrasi (SPD) beteiligt, in deren Beirat er tätig ist. Gleichermäßen ist aber auch die indonesische Regierung an seinem Fachwissen interessiert, für die er als Berater fungiert.

Weitere Infos: <http://www.spd-indonesia.com>

Die inhaltliche Zusammenarbeit mit Misereor, Brot für die Welt und anderen Hilfswerken und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie die Stiftung Asienhaus oder International People's Tribunal 1965 erfuhr 2021 eine Stärkung. Auf Initiative der Indonesienreferentin von Misereor bildete sich ein Forum, das sich in regelmäßigen Abständen über aktuelle Themen und Fragestellungen zu Indonesien auf dem Laufenden hält.

Auf internationaler Ebene besteht Austausch und aktive Zusammenarbeit mit den Organisationen Tapol (UK), International People's Tribunal 1965 (Niederlande), Watch65 (Niederlande), AJAR (Indonesien), Human Rights Watch (Indonesien), Amnesty International (UK, Deutschland, Indonesien), Sawit Watch (Indonesien), Walhi (Indonesien). Die länderübergreifende Zusammenarbeit fortzusetzen und zu intensivieren bleibt auch 2022 unser Ziel. Mit einem gemeinsamen Entwicklungsprozess mit Asia Justice and Rights (AJAR) für ein mehrjähriges transnationales Projekt zur Stärkung junger Menschenrechtsverteidiger:innen, das sich mit Transitional Justice und Erinnerungskulturen befassen soll ist damit ein erster Schritt getan.

Arbeitsweise

Menschenrechte, Demokratie und Umwelt, die drei Themengebiete, denen sich Watch Indonesia! widmet, betrachten wir als miteinander in Beziehung stehende Arbeitsfelder. Watch Indonesia! verfolgt einen integrativen Ansatz, der diese drei Gebiete immer wieder in Zusammenhang zueinander stellt.

Auf einen Blick: Aktivitäten in 2021

Die Covid-19 Pandemie und die damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen haben unsere Arbeitsweise weiterhin geprägt. Bereits 2020 haben wir eine digitale Infrastruktur aufgestellt und digitale Veranstaltungs- und Projektkonzepte entwickelt. Daran konnten wir 2021 nahtlos anknüpfen. Schon 2020 zeigte sich, dass wir mit den durchgeführten Online-Formaten mehr Menschen erreichen als in den Jahren zuvor, sich unsere geografische Reichweite deutlich ausweitet und transregionale wie auch transnationale Netzwerkarbeit müheloser zu gestalten ist. Damit zusammenhängend erwies sich der Sprung in die Digitalisierung auf einer weiteren Ebene als Gewinn für die Informationsarbeit und das Voranbringen zivilgesellschaftlicher politischer Forderungen. So traten mehr und auch kaum bekannte oder in entlegenen Gegenden lebende Akteur:innen aus Indonesien und Timor-Leste als Referent:innen oder Teilnehmende in Erscheinung. Dadurch erhöht sich nicht nur deren internationale Sicht- und Hörbarkeit, sondern es bieten sich zahlreiche Gelegenheiten der trans- und internationalen Vernetzung zwischen Akteur:innen, die ansonsten in dieser Form nicht zusammengekommen wären.

Neben den im Rahmen von Projekten oder übergreifend durchgeführten Veranstaltungen und der Veröffentlichung von Informationsmaterialien versenden wir regelmäßig zielgruppenspezifische und themenzentrierte Newsletter mit aktuellen politischen Analysen und Nachrichten zu Indonesien und Timor-Leste. Aktuelle Informationen aus unserer Arbeit, der unserer Partnerorganisationen und politischen Ereignissen in Timor-Leste und Indonesien teilen wir zudem über Facebook und Twitter. Daneben nimmt die Netzwerkarbeit sowie die Lobby- und Advocacyarbeit einen wichtigen Platz ein.

Watch Indonesia! ist Mitglied im Westpapua Netzwerk (WPN) und nahm dort verschiedene Aufgaben wahr. Als eine der Trägerorganisationen hat Watch Indonesia! an der Plattform des Aktionsbündnisses Regenwald statt Palmöl und an der Kampagne Save Kendeng mitgewirkt. Ferner ist Watch Indonesia! Aktives Mitglied bei International Advocacy Netzwerke (IAN), das durch eine jährliche Publikation und Initiierung von Fachgesprächen mit Parlamentarier:innen informiert und Handlungsoptionen aufzeigt.

Eigene Veranstaltungen

Projekt „Urbane Transformation“

30. November

Umstrittene Urbane Räume Jakartas und Berlins (Online-Diskussionsveranstaltung)



Foto: Khai Phung

In der rund dreistündigen Tagesveranstaltung stellten Elisa Sutanudjaja vom Rujak Center for Urban Studies (RCUS) in Jakarta und Hans-Ulrich Fuhrke, Berater und ehemaliger Projektleiter für nachhaltigen Stadtverkehr (Jakarta) die aktuellen Herausforderungen Urbaner Transformation(en) dar und präsentierten mögliche Lösungsansätze. In ihren Vorträgen gingen sie den Fragen nach, inwieweit Städte als Hebel wirken können, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden und was getan werden müsste, um den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung gerecht zu werden. Diskutiert wurde auch, was die Stadtbewohner:innen Berlins und Jakartas hinsichtlich einer nachhaltigen und gerechten Stadtentwicklung voneinander lernen können.

28. Juni

Projektauftritt: „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“



Mitarbeiter:innen von Misereor, Stiftung Asienhaus und des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags kamen mit uns zusammen, um sich über den Themenkomplex Urbane Transformation, Klimakrise und globale Perspektiven auf eine lebenswerte, gerechte und nachhaltige Stadt auszutauschen. Ausgehend von Schwerpunktpräsentationen unserer Klimareferentin Dr. Josephine Sahner über Berlin und des Projektassistenten Mark Philip Stadler über Jakarta, diskutierte die Runde über die Themenbereiche Recht auf Stadt, Smart-City-Ansätze, Klimapolitik und Klimagerechtigkeit.

17. November



Foto: Khai Phung

Ist das ein partnerschaftlicher Umgang? Die Städtepartner Berlin und Jakarta in der Klimakrise

Moderiert von Elena Gnant, PowerShift (Berlin), diskutierten der indonesische Umweltaktivist Pius Ginting (Action for Ecology and People Emancipation Indonesia) und Michael Reckordt, PowerShift über die in beiden Städten schleppende Verkehrswende, E-Mobilität und Rohstoffe. Pius Ginting beleuchtete die Rolle Indonesiens auf der internationalen Ebene und beschrieb die Auswirkungen des Nickelabbaus in Indonesien. Das Treffen war für die Öffentlichkeit zugänglich.

Veranstalter:innen: Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag, Stiftung Asienhaus, PowerShift, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Watch Indonesia!.

Übegriffende Veranstaltungen

19. Mai

Webinar: Women's Rights and Violence Against Women in Indonesia With a Focus on West Papua



Der indonesische Staat berücksichtigt und erfüllt die Rechte von Frauen nur unzureichend. Der Umgang mit geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt weist dabei eine besonders besorgniserregende Bilanz auf. In West Papua verschärft der bewaffnete Konflikt, die von eingeschränktem Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten sowie zu Landrechten geprägte Situation von Frauen. Drei internationale Referent:innen aus West Papua, Indonesien und Deutschland Mariana Amiruddin, Journalistin, Autorin und Frauenrechtsaktivistin aus Jakarta, Marion Struck-Garbe, Sozialanthropologin und Sozialökonomin aus Hamburg und Els Tienieke Rieke Katmo, Ph.D., Dozentin für Sozioökonomie der Landwirtschaft von der Universitas Papua in Manokwari, beleuchteten, wo die größten Herausforderungen liegen und was noch getan werden muss, um die Rechte von Frauen zu verwirklichen, zu sichern und zu schützen.

Veranstalter:innen: Watch Indonesia!, Westpapua Netzwerk, International Coalition for Papua. Moderation: Maraike J.B. Bangun, Stipendiatin der Akademie für Mission an der Universität Hamburg. Sprachen: Englisch, Indonesisch.

19. Mai

Jeden Freitag weltweit ... Fridays for Future Aktivismus in Berlin, Jakarta und Windhoek

Berlin hat 17 Städtepartnerschaften, darunter mit den Hauptstädten Windhoek in Namibia und Jakarta in Indonesien. Sie bieten eine Chance der Vernetzung und Solidarität zwischen urbanen Zentren und ihren Zivilgesellschaften. In der Veranstaltung diskutierten Ina-Maria Shikongo (FFF Windhoek), Ada Spieß (FFF Berlin) und Salsabila Khairunnisa (FFF Jakarta) über die lokalen Kämpfe für Klimagerechtigkeit. Über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jeweiligen Auswirkungen der Klimakrise, über Intervention und Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge, und schließlich über die Möglichkeiten sich transnational auszutauschen und zu agieren, womöglich auch im Kontext der Städtepartnerschaften.

Veranstalter:innen: Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag, SODI, Watch Indonesia!.

13. Dezember

Speak Out! - Truth and Justice in Indonesia and Timor-Leste



Grafik: M. Harits

Aus Anlass des internationalen Tag der Menschenrechte adressierte die Veranstaltung die schleppende Aufarbeitung staatlicher oder staatlich gedeckter Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit. Im Anschluss an die Vorführung von "Konta-Sai" und "8:45" – zwei auf Zeitzeug:innenberichten fußende animierte Kurzfilme – beleuchteten Menschenrechtsverteidiger:innen aus Indonesien und Timor-Leste den politischen Umgang mit während der Besatzung Timor-Lestes (1975-1999) und des bewaffneten Konflikts in Aceh (1976-2005) begangenen Menschenrechtsverletzungen und deren Auswirkungen. Dabei richtet die Veranstaltung besonderes Augenmerk auf die Situation von überlebenden Frauen sexualisierter politischer Gewalt.

Veranstalter:innen: Asia Justice and Rights, Asosiasaun Chega! Ba Ita, Kontras Aceh, Watch Indonesia!; Moderation: Christine Holike (Watch Indonesia!); Sprachen: Tetum, Indonesisch, Englisch.

Externe Veranstaltungen und Medien

15. Januar: Redebeitrag zur Zementindustrie und Auswirkung auf das Klima bei einer Demonstration und Kundgebung "Zukunft statt Zement" in Heidelberg.

18. Januar: Vortrag und Diskussion "Samin vs. Samen - Transnationaler Aktionismus und die Folgen der Zementproduktion", veranstaltet von der Initiative für Nachhaltigkeit und Ethik (Münster)

3. März: Fachgespräch im Gewalt gegen Frauen – Die Verschärfung der Situation in der Corona-Pandemie Teilnahme und Mitwirken im Rahmen der Internationale Advocacy Netzwerke

4. März: Vortrag "Folgen der Zementproduktion" im Rahmen der AG Ressourcen der Stiftung Asienhaus

13. April: Vortrag und Diskussion bei einer von Amnesty International Hannover organisierten Online-Veranstaltung „Indonesien als Gastland der Hannover Messe: Arbeitsrechte = Menschenrechte?“.

6. Mai: Redebeitrag bei der Protestkundgebung zur Aktionärsversammlung der HeidelbergCement AG.

25. Mai: Redebeitrag bei der Online-Veranstaltung von Papuan People's Petition (Petisi Rakyat Papua, PRP) und TAPOL mit internationalen Solidaritätserklärungen. Westpapua: Reject Extension of Special Autonomy & Free Victor Yeimo. Statement zur Verhaftung von Victor Yeimo.

14. September: Besuch der Grünen-Kandidatin für das Berliner Bürgermeister:innenamt Bettina Jarasch im Berlin Global Village. Input und Fragerunde.

Projekte

Demokratie: "Themenheft Demokratie in Indonesien und Timor-Leste 2021"



Foto: Frans Ari Prasetyo

Timor-Lestes junge Demokratie ringt mit regierungsinternen Machtkämpfen, und instabile Institutionen stellen ein Hindernis für den Aufbau einer widerstandsfähigen und repräsentativen Demokratie dar. Hierarchische Gesellschaftsentwürfe, die das Doppelerbe der portugiesischen Kolonialherrschaft und der indonesischen Besatzung (1975-1999) im Gepäck tragen, erschweren es überdies vor allem Frauen und jungen Menschen, ihr demokratisches Potenzial zu realisieren. Indonesiens Demokratie, die 1998 nach mehr als dreißig Jahren Diktatur ihre Wiedergeburt feierte, erlebt unter der amtierenden Regierung Joko „Jokowi“ Widodos dramatische Rückschritte. In diesem Heft spiegelt sich eine Vielzahl von pro-demokratischen zivilgesellschaftlichen Positionen und Ansätzen. Darin begegnen sich politikwissenschaftliche und aktivistische Perspektiven. Dass sich ein beträchtlicher Anteil der Beiträge über Indonesien mit Militarisierung und dem Einfluss von Oligarchien und Eliten auseinandersetzt, ist kein Zufall. Sind dies doch die Kernstücke der zunehmend autoritären Regierungsführung in Indonesien, die sich in so unterschiedlichen Arenen wie Umweltschutz, Verfassungsfragen und dem Management der COVID-19-Krise, legislativen Prozessen oder dem Umgang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen Westpapas auspielen.

Das Heft wurde an rund 300 politische Entscheidungsträger:innen und Wissenschaftler:innen sowie in den Handlungsfeldern Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit aktive Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Deutschland verschickt und steht auf unserer Webseite zum freien [Download](#) zur Verfügung. Das Projekt wurde von der Stiftung Nord-Süd-Brücken, der Stiftung Umverteilen und Brot für die Welt, gefördert.

Umwelt: Projekt „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“



Grafik: Herlambang Bayu Aji

Mitte März 2021 startete das Engagement Global innerhalb des Förderprogramms Entwicklungspolitische Bildung (FEB) finanzierten Projekt „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“. In dem Projekt widmen wir uns dem Thema gerechte Stadtentwicklung im Zusammenhang mit urbanem Wachstum und der drohenden Klimakatastrophe.

Im Jahr 2018 wohnten etwa 4,2 Milliarden Menschen weltweit in Städten, was ca. 55% der globalen Bevölkerung entspricht. Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahr 2050 bereits knapp 70% Prozent der Menschen in Städten wohnen werden, d.h. bis zu 2,5 Milliarden Menschen die innerhalb der kommenden 30 Jahre in urbane Gebiete ziehen. Der Großteil der weltweiten Urbanisierung wird im Globalen Süden

stattfinden. In nur acht Ländern der Erde finden 50 Prozent der globalen Urbanisierung statt. Indonesien ist eines dieser acht Länder.

Im Kontext von stetigem urbanen Wachstum, stellen extreme Wetterereignisse und Klimafolgeschäden, Ressourcenverknappung und/oder die Verschärfung sozialer Ungleichheit enorme Herausforderungen dar. In einer nachhaltigen und gerechten Gestaltung Urbaner Transformation bieten sich jedoch auch Chancen, diesen Herausforderungen zu begegnen. Denn nicht zuletzt werden sich auch zentrale Zukunftsfragen der Menschheit in den Städten entscheiden. Diese Städte gilt es jetzt zu gestalten und einen nachhaltigen städtischen Wandel zu ermöglichen. Berlin ist die größte Stadt der EU mit ca. 3,7 Millionen Einwohner:innen, Jakarta die zweitgrößte Stadt Südostasiens mit mehr als 10 Millionen Einwohner:innen.

Mit dem Projekt möchten wir dazu beitragen, das Thema Urbane Transformation am Beispiel von Berlin und Jakarta in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Denn das Wissen über die Relevanz urbaner Transformation(en) und die Dringlichkeit diese in Hinblick auf globale und soziale Gerechtigkeit – überdies im Zusammenwirken mit dem Klimawandel – zu gestalten, reicht bisher kaum über eine kleine Fachöffentlichkeit hinaus. Dabei stehen für uns die zivilgesellschaftlichen Perspektiven aus beiden Ländern im Mittelpunkt – vorrangig die Menschen, die sich für eine gerechte und nachhaltige Stadt stark machen. Indem das Projekt den Austausch dieser Akteur:innen in Indonesien und Deutschland untereinander und mit Fachleuten ermöglicht, Expert:innen ins Boot holt und die so gewonnenen Erkenntnisse bereitstellt, informiert und sensibilisiert das Projekt nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern auch politische Entscheidungsträger:innen, relevante Berufsgruppen wie Architekt:innen oder Nichtregierungsorganisationen und Multiplikator:innen.

Auf der Grundlage von Expert:inneninterviews und fachlichen Austauschbegegnungen wurde im ersten Jahr (2021) des knapp zweijährigen Projekts ein Informationsflyer und ein Informationsposter veröffentlicht. Beides ist bestellbar und steht auf unserer Webseite zum [Download](#) bereit. Des Weiteren führten wir eigene und gemeinsame Veranstaltungen und Netzwerktreffen durch (s.o.).

Aktionen: Umwelt und Menschenrechte



Poster d. Online-Ausstellung Klimakiller Zement

Neben dem Start des Projekts „Urbane Transformation“ und der damit verbundenen Informations- und Bildungsarbeit blieb die Zementindustrie Thema unserer Arbeit. Wie im Vorjahr fokussierten wir einen großen Teil unserer Aufmerksamkeit auf die Save Kendeng Kampagne. Das Kendeng-Karstgebirge und seine Bewohner:innen in der Region um Pati, Zentraljava sind durch die deutsche HeidelbergCement AG bedroht ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Bereits 2016 erreichte uns die Nachricht aus Indonesien, dass das Tochterunternehmen von HeidelbergCement, die indonesische PT Indocement plant, eine Zementfabrik zu errichten und Karstgestein dort abzubauen. Seit beinahe einem Jahrzehnt kämpft die lokale Bevölkerung gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und den Ausverkauf eines wertvollen Ökosystems. Wie auch in den Jahren zuvor, haben wir im Vorfeld zur Aktionärsversammlung des Mutterkonzerns in Heidelberg gemeinsam mit unseren

Netzwerkpartner:innen Pressearbeit geleistet. Die Aktionärsversammlung von HeidelbergCement wurde in 2021 erneut virtuell durchgeführt. Als Teil des von uns mitbegründeten CemEnd-Bündnisses und gemeinsam mit weiteren Aktivist:innen haben wir vor dem der Konzernzentrale in Heidelberg protestiert und durch Redebeiträge auf die Situation in Indonesien aufmerksam gemacht.

Im April ging auch die Posterausstellung „[Klimakiller Zement](#)“ der SaveKendeng Kampagne online. Die Wanderausstellung umfasst neun Poster. Immer dort wo die Ausstellung gezeigt werden soll, können lokale Gruppen ein eigenes Poster zum Thema "Zement und die Folgen" erstellen, das dann wiederum in die Online-Ausstellung integriert wird.

Netzwerke

International Advocacy Netzwerke

Watch Indonesia! engagiert sich seit vielen Jahren im Bündnis International Advocacy Netzwerke (IAN), das sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Afrika, Asien und Lateinamerika einsetzt. Als Bündnis laden wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu Fachgesprächen ein. Ferner stellen wir in regelmäßig erscheinenden in Dossiers und Papieren Ländersituationen vor und geben Handlungsempfehlungen. Im Jahr 2021 befasste sich das Bündnis schwerpunktmäßig mit der Verschärfung der Gewalt gegen Frauen in der Corona-Pandemie. Unter der Schirmherrschaft der MdB Gabriela Heinrich, veranstaltete IAN anlässlich des Internationalen Frauentags ein Online-Fachgespräch mit Abgeordneten des deutschen Bundestags, das von einem Briefing begleitet wurde. Als aktives Mitglied dieses Bündnisses wirkten wir am Briefing mit einem Fachbeitrag über die Situation in Indonesien mit und beteiligten uns an der Konzeptionierung und Umsetzung der Veranstaltung.

Westpapua-Netzwerk

Watch Indonesia! ist aktives Mitglied des deutschen Westpapua Netzwerkes (WPN). Direkt oder indirekt war Watch Indonesia! über das Jahr hinweg an Aktivitäten und internen Vorgängen dieses Netzwerkes beteiligt. Gemeinsam wahrgenommene Lobbytermine, gemeinsam erstellte Menschenrechtsberichte sowie regelmäßige Beiträge in den Berichten der International Coalition for Papua (ICP) sind ein wichtiger Teil unseres Engagements für Menschen und Umwelt in Papua. So trug unsere Umweltreferentin mit einem Artikel über die Gefährdung von Westpapas Regenwäldern zu einer Ausgabe des vierteljährlich erscheinenden Westpapua Journals bei. Im Rahmen unseres Bereichs Demokratie und Menschenrechte fand eine gemeinsame Veranstaltung über Frauenrechte und Gewalt in Indonesien mit speziellem Fokus auf Westpapua statt.

CemEND Bündnis

Durch das Engagement im Save Kendeng Netzwerk wurde Watch Indonesia! 2020 von Aktivist:innen von Extinction Rebellion und den Architects for Future angesprochen und hat mit diesen Gruppen das cemEND Bündnis gegründet. Im Jahresverlauf 2021 traf sich das Bündnis regelmäßig zum Austausch und zur Erarbeitung gemeinsamer Strategien und Aktivitäten. Das Bündnis wendet sich mit seinen Forderungen an HeidelbergCement und fordert sofortigen Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten in der Zementindustrie. Mehr Informationen gibt es hier <https://cemend.earth/>.

Indonesien-Austausch

Auf Impuls der Länderreferentin Indonesien von Misereor kamen im Juni Vertreter:innen aus verschiedenen zu Indonesien arbeitenden Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerken zu einem ersten Treffen zusammen. Die Treffen finden mehrmals im Jahr statt und dienen dem fachlichen Austausch sowie der Vernetzung. Wir nehmen regelmäßig daran teil und leisten fachlichen Input.

Lobby- und Advocacyarbeit

Am 3. März kamen die Vertreter:innen der *Internationale Advocacy Netzwerke (IAN)* mit Abgeordneten des deutschen Bundestages zu einem virtuellen Fachgespräch zusammen, um über die dramatischen Auswirkungen der Covid-Pandemie auf Frauen zu sprechen. Besonderer Fokus lag dabei auf dem drastischen Anstieg von geschlechtsspezifischer Gewalt bei gleichzeitiger Überlastung von Hilfsstrukturen sowie der strukturellen Benachteiligung von Frauen in Bezug den Erhalt von Hilfsleistungen. Anhand von ausgewählten Länderbeispielen aus Afrika, Asien und Lateinamerika veranschaulichten wir zentrale Aspekte der weltweiten Verschlechterung für Frauen und zeigten – auch in Hinblick auf die Konzeptionierung und das Monitoring von internationalen Hilfen – Handlungsoptionen zur Verbesserung der Situation auf. Die SPD-Abgeordnete Gabriela Heinrich, die die Schirmherrschaft des Fachgesprächs übernommen hatte, versprach, die Empfehlungen mit in ihre Gremien zu nehmen und regte eine breiter angelegte Folgeveranstaltung an.

Im Zuge der Vorbereitung der EZ-Regierungsverhandlungen lud das Referat Ostasien, Südostasien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für 9. September zu einem Ländergespräch über Indonesien ein. Bei der Online-Veranstaltung stellten die Vertreter:innen des BMZ die geplanten Förderschwerpunkte und Förderlinien vor. Gemeinsam mit anderen teilnehmenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, wiesen wir auf die kontinuierliche Verschlechterung der Menschenrechtssituation sowie auf die zunehmende Reautoritarisierung hin und forderten die stärkere Inklusion der Aspekte gute Regierungsführung und Menschenrechtsschutz im entwicklungspolitischen Handeln.

Wie in den vergangenen Jahren stellt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre auch 2021 einen Gegenantrag bei der Jahreshauptversammlung von HeidelbergCement auf Nichtentlastung des Vorstands. Auch 2021 haben wir mit Informationen daran und an einem umfassenden Fragenkatalog an den Vorstand des Unternehmens mitgewirkt.

Medien- und Pressearbeit

Mit Pressemitteilungen und offenen Briefen wenden wir uns an Politik und Medien. Wir sind Anlaufstelle für Journalistinnen und Journalisten, die sich mit der Bitte um Stellungnahmen und Interviews an uns wenden sowie Informationen und vor allen Dingen Kontakte nach Indonesien und Timor-Leste erfragen. Wir verfassen Protestbriefe, initiieren Kampagnen und beteiligten uns an Eilaktionen und gemeinsamen Presseerklärungen. Darüber hinaus liefern wir Fachbeiträge in Zeitschriften und Zeitungen.

2021 wurden folgende Presseerklärungen und Pressemitteilungen verfasst und Pressekonferenzen abgehalten bzw. in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen mitgetragen:

Kategorie	Titel	Datum
Gemeinsame Pressemitteilung mit cemEND-Bündnis	Kritik am Zementriesen	16. Januar 2021
Gemeinsames Papier mit Handlungsempfehlungen (IAN)	Schatten-Pandemie: „Zunehmende Gewalt gegen Frauen im Hinblick auf Straflosigkeit und COVID-19“	3. März 2021
Gemeinsamer offener Brief	Offener Brief des cemEND Bündnisses an an die HeidelbergCement AG	19. März 2021
Fachartikel: Josephine Sahner	Westpapas Regenwälder: Die letzten	Westpapua Journal

	großen Urwälder Südostasiens vor dem Aus?	1/2021
Gemeinsame Pressemitteilung mit Stiftung Asienhaus und International People's Tribunal	Hannover Messe: Kein Wirtschaftswachstum um jeden Preis in Indonesien	12. April 2021
Podcastbeitrag: Josephine Sahner gemeinsam mit Judith Ottich (Architects for Future)	Baustelle Bauwesen: #26 cement Bündnis - Warum eine Zukunft ohne Zement?	28.. April 2021
Gemeinsame Pressemitteilung mit Fridays for Future Heidelberg, Robin Wood, Western Sahara Resource Watch Germany, Pax Christi, Dachverband kritische Aktionäre	Greenwashing von HeidelbergCement provoziert Proteste	05. Mai. 2021
Gemeinsame Pressemitteilung mit TAPOL, ETAN	President Widodo Should Revoke Award for Human Rights Violator – Committing Crimes Against Humanity is Not for Celebration	14. August 2021

Wen wir erreicht haben

Insgesamt haben wir mit unseren Aktivitäten in 2021 sowohl die entwicklungspolitische Fachöffentlichkeit sowie Multiplikator:innen und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Timor-Leste interessieren, erreicht. Ausgenommen von Beiträgen in Netzwerken, haben wir 70 Anfragen von unterschiedlichen Akteur:innen bearbeitet - darunter Presse, politische Stiftungen, entwicklungspolitische und Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Hilfswerke, Gemeinden, Universitäten, Schulen und freie Bildungseinrichtungen im deutschsprachigen Raum.

Mit unseren Projekten, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Veranstaltungsbeiträgen erreichten wir zivilgesellschaftliche Akteur:innen der Handlungsfelder Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit, die Fachöffentlichkeit sowie politische Entscheidungsträger:innen und die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland, Indonesien und im europäischen Ausland.

Generell arbeiten wir, darüber hinaus mit vergleichbaren Zielgruppen im europäischen und internationalen Raum sowie mit entsprechenden Akteuren in Indonesien und Timor-Leste selbst.

Im Bereich **Umwelt** haben wir durch die Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen im Zusammenhang mit der HeidelbergCement AG mit Redebeiträgen insgesamt mindestens 150 Menschen auf die „Save Kendeng“-Kampagne aufmerksam gemacht. Gleichzeitig haben wir Forderungen nach sofortigem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten in der Zementindustrie nach vorne gebracht. An der Demonstration und Kundgebung "Zukunft statt Zement" in Heidelberg Anfang Januar nahmen rund 100 Menschen teil. An der Aktionärsversammlung vor der Firmenzentrale von HeidelbergCement im Juni haben etwa 50 Demonstrant:innen teilgenommen. In einem Beitrag des Podcasts *Baustelle Bauwesen* (#26 CemEND Bündnis - Warum eine Zukunft ohne Zement?) klärten wir über das Greenwashing der Zementindustrie auf, insbesondere das der HeidelbergCement AG und erklärten, warum Zement einer der größten Klimakiller ist und was man ändern könnte. An den Veranstaltungen und

Netzwerktreffen im Rahmen des Projekts „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“ haben insgesamt 115 Interessierte teilgenommen. Die Netzwerkveranstaltung im November wurde zudem 102 Mal auf Youtube aufgerufen (Stand März 2022). Informationsmaterialien der Vorjahre, insbesondere die Informationsflyer zu Palmöl wurden auch 2021 gerne von unserer Webseite heruntergeladen. Über unseren Presseverteiler und Newsletter haben wir auf unsere Aktionen und Veranstaltungen aufmerksam gemacht sowie Umweltnachrichten und Hintergrundberichte aus und über Indonesien weitergeleitet.

Im Bereich **Demokratie und Menschenrechte** führten wir Diskussionsveranstaltungen und Webinare zu aktuellen Menschenrechtsthemen durch oder beteiligten uns an solchen. Darüber hinaus veröffentlichten wir das “Themenheft Demokratie in Indonesien und Timor-Leste 2021”. Das Heft wurde im November 2021 an rund 300 politische Entscheidungsträger:innen sowie in den Handlungsfeldern Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit aktive Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Deutschland verschickt und intensiv über soziale Medien beworben. Zudem steht es auf unserer Webseite zum [Download](#) (31 Downloads, Stand 31.12.2021) bereit.

Mit der Veranstaltung „Women’s Rights and Violence against Women in Indonesia with a Focus on West Papua“ informierten wir insgesamt 45 Vertreter:innen von Organisationen sowie Einzelpersonen insbesondere über die menschenrechtlich prekäre Situation von Frauen im Konfliktgebiet Westpapua. Die Präsentationen der Referentinnen boten den Teilnehmenden anschaulich aufgearbeitete und fachkundige Informationen. Bei der von TAPOL initiierten Veranstaltung „Reject Extension of Special Autonomy & Free Victor Yeimo“ machten wir auf grobe Menschenrechtsverletzungen und die zivilgesellschaftliche Position zur umstrittenen Autonomiegesetzgebung aufmerksam. Die YouTube-Aufzeichnung wurde 1357 Mal aufgerufen (Stand, 17. Juli 2022).

An der gemeinsam mit Asia Justice and Rights, Asosiasaun Chega! Ba Ita, und Kontras Aceh durchgeführten Veranstaltung „Speak Out! Truth and Justice in Indonesia and Timor-Leste“ nahmen 51, überwiegend aus Fachkreisen stammende Interessierte aus Indonesien und Deutschland teil. Die Veranstaltung bot einen Rahmen, sich über die aktuelle Situation hinsichtlich der Aufarbeitung von Menschenrechtsvergehen aus der regionalen zivilgesellschaftlichen Perspektive zu informieren und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Mit dem Fachgespräch „Gewalt gegen Frauen – Die Verschärfung der Situation in der Corona-Pandemie“ gelang es 18 Parlamentarier:innen und Mitarbeiter:innen des Deutschen Bundestages für Geschlechtergerechtigkeit im Kontext der Pandemie zu sensibilisieren und Handlungsimpulse für eine global gerechte und geschlechtersensible Perspektive zu setzen. Das Papier wurde sechs Mal von unserer Webseite heruntergeladen.

Während des Besuchstermins mit Bettina Jarasch im Berlin Global Village, dem etwa 25 Vertreter:innen der Presse und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem entwicklungspolitischen Bereich folgten, machten wir auf die klima- und entwicklungspolitische Bedeutung Jakartas als eine der wenigen im globalen Süden liegende Partnerstädte Berlins aufmerksam.

Soziale und digitale Medien

Unsere Webseite wurde 10.670 Mal aufgerufen wobei das Gros der Aufrufe beinahe zu gleichen Teilen aus Indonesien und Deutschland stammte. Die geografische Reichweite umfasst alle Kontinente.

Zum 31.12.2021 verzeichnet die Facebook-Seite mit einem Anstieg von rund 46 Personen 874 Follower (Vorjahr: 828) und insgesamt 828 Likes.

Über unseren Twitter Account erreichen wir 166 Einzelpersonen und Organisationen (Stand Juli 2022). Mit unserem elektronischen Newsletter informieren wir einen breiten Kreis von Interessierten über die tagespolitischen Entwicklungen in Indonesien und Timor-Leste, Veranstaltungen in Deutschland, dem benachbarten Ausland u.v.m..

Mit diesem regelmäßig versandten Newsletter, der zielgruppengerecht aufbereitete relevante Informationen aus der Presse und unseren Netzwerken sowie aus unserer Arbeit enthält, erreichten wir 1766 Personen auf regelmäßiger Basis. Durchschnittlich öffnen etwa 30% der Empfänger:innen den Newsletter regelmäßig. 2021 versendeten wir 41 Newsletter.

Was wir erreicht haben

Über unsere entwicklungspolitische Bildungsarbeit sowie durch öffentliche Vorträge, Teilnahme an Konsultationen (z.B. BMZ), unsere Beteiligung an Netzwerken und unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit blieben die Themen Menschenrechte, Umwelt und Demokratisierung in Indonesien und Timor-Leste in Deutschland präsent.

Die Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Deutschland, Indonesien und Osttimor wurde auch 2021 weiterverfolgt. Insbesondere unsere Veranstaltungen zu Frauenrechten und Transitional Justice sowie die Netzwerktreffen im Rahmen des Projekts Urbane Transformation brachten eine Vielfalt an Akteur:innen in den Austausch, die sich sonst nicht begegnet wären.

Unsere umweltpolitischen Aktivitäten informierten und befähigten die relevanten Zielgruppen, die Umwelt- und Sozialunverträglichkeit der Zementproduktion und der Entwaldung zu erkennen und für eine Verbesserung der Situation einzutreten.

Eine kritische Auseinandersetzung über die politische Entwicklung Indonesiens zu ermöglichen, war auch 2021 wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Mit unseren Projekten und Maßnahmen in den verschiedenen Themenbereichen, befähigten wir die Zielgruppen nicht nur dazu, unterschiedliche Informationsquellen, die Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Timor-Leste behandeln, einzuordnen und kritisch zu bewerten. Auch stärkten wir in diesen Bereichen aktive zivilgesellschaftliche Akteur:innen für ihre Belange einzutreten und boten Räume für transnationalen Austausch und Vernetzung. MdB, Regierungsorganisationen und Akteur:innen der Entwicklungszusammenarbeit ermöglichten wir Zugang zu Stimmen der indonesischen Zivilgesellschaft, insbesondere Betroffenen von Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit und umweltpolitischen Akteur:innen.

Netzwerke – Bildungsarbeit – Lobby – Projekte

Mit unserem Engagement in den genannten Netzwerken sowie mit entwicklungspolitischer Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und der Projektarbeit gewannen und stärkten wir Multiplikator:innen. Damit unterfütterten wir auch unsere Lobby- und Advocacyarbeit.

Onlinepräsenz und Social Media

Auf unserer **Homepage** finden Leserinnen und Leser nicht nur ein mehrsprachiges Angebot an Berichten, Veranstaltungshinweisen und weiterführenden Links zu einer breiten Palette von Themen und Organisationen, sondern vor allem auch die Ergebnisse unserer Arbeit: Presseerklärungen, Watch Indonesia! in der Presse, das Archiv der SUARA – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor, Information & Analyse,

Rubriken mit Studien zum Sicherheitssektor, zu Rechtsfragen und zur Umwelt, Menschenrechtsberichte, Veranstaltungsberichte und vieles mehr.

Unsere Präsenz auf **Facebook** haben wir 2021 weiter ausgebaut. Während in den Vorjahren meist eigene Veranstaltungen und Neuigkeiten aus dem Verein publiziert wurden, sind wir schon 2019 dazu übergegangen, auch relevante Petitionen und Berichte über tagespolitische Entwicklungen mit besonderer Bedeutung sowie für die Vereinszwecke relevante Pressemitteilungen und Aufrufe von Partnerorganisationen zu verbreiten. Dies führt auch zu einem stetigen Anwachsen der Follower sowie der Interaktionen.

Seit August 2020 ist Watch Indonesia! auch auf **Twitter** vertreten. Die Anzahl der Follower wuchs auch 2021 kontinuierlich an.

Beantwortung von Anfragen

Durchschnittlich wandten sich im Jahr 2021 pro Monat ca. fünf Personen und Organisationen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen an uns. Gefragt wurde vor allem nach Fachauskünften, Analysen und Hintergrundinformationen. Beratung, Vernetzung, Kollaborationsanfragen und fachlicher Austausch kamen an zweiter Stelle. Insgesamt erreichten uns 2021 rund 70 Anfragen.

Querschnittsthemen

Geschlechterinklusion und Nachhaltigkeit

Watch Indonesia! versteht sich als offene familienfreundliche Organisation, die ihren Mitarbeiter:innen größtmögliche Flexibilität ermöglicht. Dies wird durch flexible Arbeitszeiten, die Möglichkeit der Arbeit im Home Office sowie ein kollegiales tolerantes Arbeitsklima gewährleistet. Im Team der Hauptamtlichen waren 2021 bis August zwei Frauen und ab September eine Frau und ein Mann sowie ein Mann als Projektassistentin tätig. Der Vorstand von Watch Indonesia! war 2021 durch vier Männer und zwei Frauen vertreten. Über Chancengleichheit und Geschlechterrepräsentation diskutieren wir sowohl mit unseren Partnerorganisationen als auch innerhalb des Teams von Watch Indonesia! e.V. regelmäßig. Daraus resultierend erfolgt eine weitestgehend geschlechterparitätische Besetzung der von uns durchgeführten Veranstaltungen und Projekte.

Weiterhin ist uns wichtig, Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Individuen, die bislang keinen oder wenig Zugang zu internationalen Zusammenhängen hatten und auf lokaler Ebene arbeiten, den Zugang zu erleichtern. Unter dem Gesichtspunkt der interkulturellen Zugänglichkeit wie auch der Reduzierung von sozialen Partizipationshürden legen wir Wert auf die Bereitstellung von Übersetzungen oder Dolmetschleistungen sowie auf eine offene Organisationskultur. Bei der Wahl unserer Veranstaltungsorte achten wir nach Möglichkeit auf Barrierefreiheit. Die Auswahl der Orte für die von Watch Indonesia! durchgeführten Veranstaltungen werden in der Regel und im Normalfall weitestgehend von Kriterien der Barrierefreiheit bestimmt. Im Jahr 2021 allerdings spielte dies aufgrund der Corona-Eindämmungsmaßnahmen weiterhin eine nachgeordnete Rolle. Stattdessen traten digitale Formate in den Vordergrund. Im Rahmen des durch die Gesundheitskrise erfolgten Digitalisierungsschubs, stellt die Gestaltung digitaler Barrierefreiheit ein wichtiges Entwicklungsthema für Watch Indonesia! dar.

Themen der Geschlechter(un)gerechtigkeit, Frauen- und Kinderrechte sowie LGBTIQ-Rechte und die Toleranz bzw. Intoleranz gegenüber marginalisierten Bevölkerungsgruppen jeglicher Art sind grundlegender Bestandteil unserer inhaltlichen Arbeit.

Watch Indonesia! setzt sich inhaltlich mit dem Thema der Nachhaltigkeit intensiv auseinander. Diesjährige Schwerpunkte in diesem Bereich waren die Themen Palmöl, Zementproduktion und Landrechte Indigener.

Organisatorisch und strukturell legt Watch Indonesia! großen Wert auf den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen (z.B. Verwendung von Recycling-Papier; Ökostrom, vegetarische Verpflegung bei Veranstaltungen; Dienstreisen mit der Bahn und öffentlichen Nahverkehr statt Flugzeug oder Auto (wenn möglich)).

Wem wir danken

Das ehrenamtliche Engagement einiger Mitglieder und Einzelpersonen sowie die Unterstützung durch unsere Praktikantin haben sehr dazu beigetragen, dass wir auch in diesem schwierigen Jahr, wichtige Inhalte und Themen weiter voranbringen konnten.

In finanzieller Hinsicht wurde Watch Indonesia! im Jahr 2021 von Misereor, Missio und Evangelische Kirche im Rheinland institutionell gefördert.

Unterstützung für die Projektdurchführungen erhielten wir von der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit/Stiftung Nord-Süd-Brücken, Bewegungsstiftung, Katholischer Fonds, Brot für die Welt und der Stiftung Umverteilen sowie von Engagement Global (AGP – Aktionsgruppenprogramm, Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB)).

Zusätzlich unterstützten zahlreiche Einzelspender:innen unsere Arbeit.

Ihnen allen sprechen wir unseren herzlichen Dank aus!